

Daniela Geißler

**- Veränderung von unten -
Aktivierung und Beteiligung als zentrale Aspekte von
Gemeinwesenarbeit**

eingereicht als

BACHELORARBEIT

an der

HOCHSCHULE MITTWEIDA

UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES

Fakultät Soziale Arbeit

Rosswein, 2011

Erstprüfer: Herr Prof. Dr. Beetz

Zweitprüfer: Frau Prof. Dr. Ehlert

Bibliographische Beschreibung

Geißler, Daniela:

Veränderung von unten.

Aktivierung und Beteiligung als zentrale Aspekte von Gemeinwesenarbeit. 47 S.

Roßwein, Hochschule Mittweida/Roßwein (FH), Fakultät Soziale Arbeit

Bachelorarbeit, 2011

Referat

Die Bachelorarbeit befasst sich mit „community work“ und Gemeinwesenarbeit und will so die internationale und die nationale Perspektive auf dieses Arbeitsfeld Sozialer Arbeit zusammenführen. Dabei stehen Aktivierung und Beteiligung als wichtige Aspekte dieser Ansätze im Mittelpunkt der Betrachtung.

Zur Erarbeitung der internationalen Perspektive wurden Texte US-amerikanischer, britischer, australischer, südafrikanischer, schwedischer und norwegischer Autoren ausgewertet. Die nationale Perspektive gibt vorrangig die Ansichten Dieter Oelschlägels und Wolfgang Hintes wieder.

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	I
Abbildungsverzeichnis	II
Vorwort	III
Teil A - Internationale Perspektive	1
1 Community work – Begriffsannäherung	1
1.1 „Community“ als Ausgangspunkt für community work	1
1.2 Erscheinungsformen von Community work	4
1.3 Einordnung des durch Vircamp vertretenen Begriffsverständnisses	8
2 Aktivierung und Beteiligung im Rahmen von „bottom-up“ Praxis	10
2.1 Veränderung von unten	10
2.2 Wertschätzung des Lokalen	12
2.3 Aktivierung zu kollektivem Handeln	17
2.4 Beteiligung	22
Teil B - Nationale Perspektive	27
1 Gemeinwesenarbeit in Deutschland	27
1.1 Vorbemerkung zur Literaturlage	27
1.2 Begriffliche Unklarheiten und die ungesicherte Position von Gemeinwesenarbeit	27
2 Gemeinwesenarbeit aus der Perspektive Oelschlägels	31
2.1 Oelschlägels Begriffsverständnis	31
2.2 Aktivierung und Beteiligung	34
3 Gemeinwesenarbeit aus der Perspektive Hintes	38
3.1 GWA als Teil von Quartiermanagement	38
3.2 Hintes Begriffsverständnis	40
3.3 Aktivierung und Beteiligung	42
Fazit	46
Anlagenverzeichnis	IV
Literaturverzeichnis	XV

Abkürzungsverzeichnis

AI	appreciative inquiry
CW	community work
ebd.	Ebenda
et.al.	et altera (und andere)
f.	folgende
ff.	fortfolgende
GWA	Gemeinwesenarbeit
Hrsg.	Herausgeber
ISSAB	Institut für Stadtteilentwicklung, Sozialraumorientierte Arbeit und Beratung (ehemals Institut für Stadtteilbezogene Soziale Arbeit und Beratung)
Jg.	Jahrgang
Nr.	Nummer
o.S.	ohne Seitenangabe
S.	Seite
Vircamp	Social Work – Virtual Campus
vgl.	vergleiche

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Überschneidung der Interventionsmodi	5
Abbildung 2: Four-Square Model of Community Practice	6
Abbildung 3: Benachteiligungsarten nach Ife und Tesoriero	11

Abbildungsnachweis

Abbildung 1

Eigene Grafik, erstellt nach:

Rothman, Jack (1996): The Interweaving of Community Intervention Approaches. In: Journal of Community Practice, 3. Jg. Heft 3, S. 77, Figure 1.3.

Abbildung 2

Entnommen aus:

Jeffries, Ann (1996): Modelling Community Work. In: Journal of Community Practice, 3. Jg. Heft 3, S. 111, Figure 2.

Abbildung 3

Entnommen aus:

Ife, Jim; Tesoriero, Frank (2006): Community Development. Community-based alternatives in an age of globalisation. Third Edition. Frensham Forest, Pearson Education Australia, S. 75, Table 3.3.

Vorwort

Im Sommersemester 2010 habe ich das internationale Modul „Community work from an international perspective“ des Social Work - Virtual Campus (Vircamp) belegt. Dieses Modul ermöglichte es mir Theorien und Methoden von „community work“ kennen zu lernen und anhand einer Fallstudie praktisch anzuwenden. Ein besonderes Anliegen des Moduls war es, die Bedeutung einer „bottom-up“ Ausrichtung von „community work“ zu vermitteln, welche mit dem Grundsatz verbunden ist, dass die Mitglieder der Gemeinde selbst die zentralen Akteure im Gemeinwesenarbeitsprozess sein sollen. Das Modul eröffnete mir viele neue Perspektiven, unter anderem auf das Verständnis von Demokratie, auf verschiedene Stufen von Beteiligung und eine begleitende nicht aber führende Rolle als Professionelle. Die professionelle Aufgabe, Mitglieder einer Gemeinde dabei zu unterstützen, ihr Lebensumfeld durch gemeinsames Handeln zu gestalten und so mehr Einfluss auf ihre Lebensbedingungen zu gewinnen, faszinierte mich und machte Gemeinwesenarbeit für mich zu einem attraktiven Arbeitsfeld.

Das Themengebiet Gemeinwesenarbeit fand in meinem Bachelorstudiengang Soziale Arbeit kaum Berücksichtigung. Auch das Modul „Community work“ befasste sich nicht mit Gemeinwesenarbeit in Deutschland, da aufgrund der internationalen Ausrichtung englischsprachige Literatur US-amerikanischer, britischer, australischer, südafrikanischer, schwedischer und norwegischer Autoren als Lernmaterial verwendet wurde. Deshalb habe ich mich entschlossen, mich ergänzend mit dem deutschen Fachdiskurs zur Gemeinwesenarbeit auseinanderzusetzen.

In der vorliegenden Arbeit werde ich zunächst die internationale Perspektive auf „community work“ aufarbeiten (Teil A). Ausgehend von den im Rahmen des internationalen Moduls gewonnen Kenntnissen möchte ich anschließend aufzeigen, inwieweit sich Elemente des in diesem Modul vorgestellten „community work“ Ansatzes auch in der deutschen Gemeinwesenarbeit wieder finden (Teil B). Als Schwerpunkte für den Vergleich habe ich mir die Aspekte Aktivierung und Beteiligung gewählt, da diese zentral für eine „bottom-up“ Ausrichtung von „community work“ sind und auch im deutschen Fachdiskurs eine wichtige Rolle spielen.

In Teil A wird aufgezeigt, was der Begriff „community“ bedeutet (1.1), welche vielfältige Praxis mit dem Begriff „community work“ erfasst wird (1.2), und welche Ausrichtung von „community work“ im Mittelpunkt des internationalen Moduls stand (1.3). Zudem wird dargestellt, an welchen Prinzipien sich „bottom-up“ Praxis ausrichtet. Zunächst werden die Idee „Veränderung von unten“ und ihre Verbindung zum Empower-

ment-Gedanken betrachtet (2.1). Anhand des Prinzips „Wertschätzung des Lokalen“ werden Idealvorstellungen zur inneren Haltung des Gemeinwesenarbeiters und zur praktischen Ausgestaltung des Verhältnisses zwischen Gemeinwesenarbeiter und Gemeindemitgliedern vorgestellt (2.2). Anschließend folgt die Auseinandersetzung mit Aktivierung und fördernden Bedingungen für kollektives Handeln (2.3.) sowie mit Beteiligung der Bevölkerung an Entscheidungsprozessen als wesentliches Element von Demokratie (2.4).

Teil B beginnt mit der Darstellung der Situation von Gemeinwesenarbeit in Deutschland (1). Anschließend werden die Ansichten Dieter Oelschlägels (2) und Wolfgang Hintes (3) zu den Merkmalen von Gemeinwesenarbeit sowie zu Aktivierung und Beteiligung vorgestellt und mit der internationalen Perspektive verglichen.

Das Fazit widmet sich der Frage, ob der Blick auf internationale Konzepte und Erfahrungen für eine Weiterentwicklung der deutschen Gemeinwesenarbeit hilfreich sein kann.

Teil A - Internationale Perspektive

1 Community work – Begriffsannäherung

1.1 „Community“ als Ausgangspunkt für community work

Um sich dem Begriff „community work“ (CW) anzunähern, soll zunächst betrachtet werden, welche Bedeutung sich hinter dem zentralen Bezugspunkt „community“ verbirgt. Als wörtliche Übersetzung dieses Begriffes kommen unter anderem „Gemeinde“ und „Gemeinschaft“ in Betracht.¹ Im Folgenden wird „community“ mit Gemeinde übersetzt. Da dieser Begriff wiederum im Deutschen verschiedene Bedeutungen hat (z.B. Gemeinde als administrative Einheit, Kirchengemeinde), soll geklärt werden, was die Gemeinde, mit der im Rahmen von „community work“ gearbeitet wird, ausmacht.

Zur weiteren Begriffsannäherung wird zunächst eine nicht der Fachdiskussion entstammende Begriffserklärung aus dem Oxford Advanced Learner's Dictionary herangezogen. Dort werden folgende mögliche Bedeutungen von „community“ aufgeführt:²

- a) alle Menschen, die in einem bestimmten Gebiet leben
- b) eine Gruppe von Menschen, welche die gleiche Religion, die gleiche Nationalität, einen gleichen Beruf etc. haben
- c) das Gefühl, Dinge gemeinsam zu haben, und der Zugehörigkeit zu einer Gruppe

Anhand dieser Bedeutungen lassen sich wesentliche Elemente des Verständnisses von „community“, welches CW zu Grunde liegt, aufzeigen. Es wird deutlich, dass „community“ das Vorliegen einer bestimmten Gemeinsamkeit, die Menschen miteinander verbindet, voraussetzt. Gleichzeitig verweist die Begriffserklärung auf die grundsätzliche Unterscheidung zwischen geographischen (a) und funktionellen (b) Gemeinden. Grundlage für geographische Gemeinden ist ein gemeinsamer Ort. Funktionelle Gemeinden basieren auf anderen Merkmalen, die eine gemeinsame Identität stiften (vgl. Ife; Tesoriero 2006, 98). Ersichtlich ist zudem, dass die soziale Dimension von Gemeinde betont wird, da Menschen im Mittelpunkt der Begriffserklärung stehen. Nach diesem Verständnis sind geographische Gemeinden also nicht eine administrative Einheit oder ein sonstiges Gebiet (Dorf, Stadt, Stadtteil). Vielmehr bilden die Menschen, die in diesem Gebiet leben, die Gemeinde.

Als Beitrag aus der englischsprachigen Fachdiskussion soll das Begriffsverständnis der australischen Autoren Jim Ife und Frank Tesoriero vorgestellt werden. Die Autoren beschreiben anhand von fünf Merkmalen, was für sie „community“ in ihrem „community

¹ vgl. <http://de.pons.eu/dict/search/results/?q=community&l=deen> (verfügbar am 25.11.2010) sowie <http://www.dict.cc/?s=community> (verfügbar am 25.11.2010).

² Es folgt eine eigene Übersetzung der englischsprachigen Begriffserklärung. Vgl. Oxford Advanced Learner's Dictionary of Current English, 6. Auflage, 2000, Oxford, Oxford University Press, 243.

work“ Konzept ausmacht.³ Das Merkmal „*human scale*“ dient der Abgrenzung gegenüber großen, unpersönlichen und zentralisierten Strukturen. „Community“ setzt eine überschaubare Größe voraus, welche Kennen lernen und Interaktion der Menschen ermöglicht. Ihre Strukturen müssen klein genug sein, um von den Menschen beherrscht werden zu können. Dies kann nach Ife und Tesoriero auf Gruppierungen von bis zu einigen tausend Menschen zutreffen. Mit dem Merkmal „*identity and belonging*“ weisen die Autoren darauf hin, dass „community“ mehr ist als nur eine Gruppe, die aufgrund administrativer Zweckmäßigkeit (z.B. Schulklasse) gebildet wurde. Sie führen an, dass „community“ auch ein Gefühl der Zugehörigkeit bzw. der Akzeptanz und Wertschätzung innerhalb der Gruppe sowie Loyalität impliziert. Die Zugehörigkeit zu einer „community“ stellt für sie eine wichtige Möglichkeit der Identitätsstiftung dar. Das Merkmal „*obligations*“ verweist darauf, dass mit der Mitgliedschaft in einer „community“ auch Verpflichtungen verbunden sind, so die Verpflichtung, durch aktive Teilnahme an zumindest einigen Aktivitäten der Gemeinde zum Gemeinschaftsleben beizutragen und sich für den Erhalt der Gemeinde einzusetzen. Mit dem Merkmal „*Gemeinschaft*“ betonen Ife und Tesoriero die Verschiedenheit von „*Gemeinschaft* structures and relationships“ und „*Gesellschaft* structures and relationships“ der Massengesellschaft. Ihrer Ansicht nach ermöglicht eine Gemeinde den Menschen, miteinander als „whole people“ und nicht eingeschränkt auf eine bestimmte Rolle oder Kategorie zu interagieren. Dadurch würde auch das Einbringen einer größeren Palette von Talenten und Fähigkeiten ermöglicht. Schließlich sehen Ife und Tesoriero in der „community“ auch die Möglichkeit der Abgrenzung gegenüber einer Massenkultur. Darauf verweist das Merkmal „*culture*“ (vgl. ebd. 96f.).

Aus der Argumentation der Autoren wird deutlich, dass „community“ für sie ein positives Gegenbild zur Massengesellschaft darstellt, in der individuelle Besonderheiten und Besonderheiten von Gemeinden keine Rolle spielen. In der Stärkung von Gemeinden und kleinräumigen Strukturen sehen Ife und Tesoriero die Möglichkeit, Vielfalt, ökologische Nachhaltigkeit und Empowerment zu fördern. Darüber hinaus betrachten sie es als wünschenswert, dass Gemeinden im Hinblick auf die Erfüllung menschlicher Bedürfnisse eine bedeutendere Rolle erlangen als Familie, Kirche, Markt und Staat (vgl. ebd. 96).

³ Der Ansatz Ife und Tesorieros ist in eine umfassende Vision einer wünschenswerten Gesellschaft eingebettet. Daher kann ihr Verständnis von „community“ nicht stellvertretend für sämtliche „community work“ Konzepte herangezogen werden. Trotzdem soll ihre Argumentation hier dargestellt werden, da ihr Konzept den Leitfaden zur theoretischen Auseinandersetzung mit „community work“ im Rahmen des internationalen Modul „Community work from an international perspective“ bildete.

Die Frage, ob CW sowohl die Arbeit mit geographischen als auch mit funktionellen Gemeinden umfasst, beantworten Ife und Tesoriero wie folgt. Sie räumen ein, dass beide Gemeindearten die von ihnen beschriebenen Merkmale aufweisen können und dass es Praktiker gibt, die vorwiegend mit funktionellen Gemeinden (z.B. ethnische Communities) arbeiten. Weiterhin stellen sie fest, dass die Entstehung funktioneller Gemeinden aufgrund der gestiegenen Mobilität und der modernen Kommunikationstechnologien heute eher möglich ist als in früheren Zeiten, und dass funktionelle Gemeinden für viele Menschen an die Stelle der örtlichen Gemeinde als Erfahrungsraum von Gemeinschaftsidentität getreten sind. Trotzdem bevorzugen Ife und Tesoriero die Arbeit mit geographischen Gemeinden. Ein wichtiges Ziel ihres Ansatzes ist es, Menschen so in ihrer örtlichen Gemeinde zu integrieren, dass sie miteinander interagieren und alle an Entscheidungsfindungsprozessen teilhaben können. Dies würde erschwert, sofern einige Gruppen hauptsächlich funktionellen Gemeinden verbunden sind und sie deshalb weniger geneigt sind, sich an örtlichen Aktivitäten zu beteiligen. Aus der ökologischen Perspektive heraus sehen sie die Notwendigkeit, eine Verbindung der Menschen mit ihrer physischen Umwelt sowie eine Verantwortlichkeit gegenüber dieser wiederherzustellen. Zudem geben Ife und Tesoriero zu bedenken, dass funktionelle Gemeinden nicht für alle Menschen gleich zugänglich sind. Einschränkungen sehen sie hier beispielsweise für Menschen, die durch fehlende Mobilität oder Mangel an Kinderbetreuungsmöglichkeiten örtlich bzw. zeitlich gebunden sind. Trotz aus ihrer Sicht wichtiger Argumente, die gegen die Förderung funktioneller Gemeinden sprechen, schließen Ife und Tesoriero die Arbeit mit funktionellen Gemeinden nicht generell aus. Sie erkennen die Legitimität der positiven Erfahrungen, die Menschen in funktionellen Gemeinden machen, sowie das Empowerment-Potential solcher Gemeinden an. Da Praktiker insbesondere in städtischen Gebieten häufig mit einer gering ausgeprägten örtlichen Struktur konfrontiert sind, sei es wichtig, einigen funktionellen Gemeinden Beachtung zu schenken und diese zu fördern. Dies sei vor allem von Bedeutung, sofern funktionelle Gemeinden benachteiligte Gruppen repräsentieren (vgl. ebd. 98f.).

CW kann zunächst als Tätigkeit beschrieben werden, die sich an geographische und/oder funktionelle „communities“ richtet. Der Begriff „community“ meint dabei eine Gruppe von Menschen, die entweder auf einem geteilten Ort oder einem anderen gemeinsamen Merkmal beruht und durch ein gewisses Maß an Verbundenheit und Interaktion ihrer Mitglieder gekennzeichnet ist. Im nächsten Kapitel werden verschiedene praktische Gestaltungsmöglichkeiten dieser Tätigkeit betrachtet.

1.2 Erscheinungsformen von Community work

„Community work“ wird als Oberbegriff für verschiedenartige auf Gemeinden bezogene Arbeitsansätze benutzt. Parallel dazu finden sich auch die Oberbegriffe „community organizing“ bzw. „community organization“.⁴ Diesen Begriffen lassen sich verschiedene Praxiskonzepte zuordnen, die mit unterschiedlichen Zielsetzungen, Strategien und Überzeugungen verbunden sind. An dieser Stelle werden drei Ordnungsversuche der vielfältigen CW-Praxis vorgestellt. Zunächst wird die Klassifikation des US-amerikanischen Autors Jack Rothman erläutert, auf die in der Literatur häufig Bezug genommen wird. Die Typologie mit dem Titel „Three models of Community Organization Practice“ entwickelte Rothman Ende der 60er Jahre. Er beschreibt drei idealtypische Interventionsmodi: „Locality Development“, „Social Planning“ und „Social Action“. Diesen ordnet er jeweils zwölf Praxisvariablen zu, welche zentrale Merkmale der einzelnen Interventionsmodi darstellen. Die Variablen „Zielkategorien“ (1)⁵, „grundlegende Veränderungsstrategie“ (3), „Wahrnehmung der Nutznießer“ (10) und „Empowerment“ (12) sollen hier zur Kennzeichnung der Idealtypen näher betrachtet werden. Der Ansatz des „Locality Development“ ist geprägt durch Prozessziele (Ausbau von Fähigkeiten, Integration, Selbsthilfe), das Anstreben von Veränderung durch eine breit angelegte Beteiligung von Menschen bei der Bestimmung und Lösung ihrer eigenen Probleme, der Wahrnehmung der Nutznießer als Bürger sowie ein Empowermentkonzept, welches den Schwerpunkt auf die Entwicklung der Fähigkeit, gemeinsame und sachkundige Entscheidungen zu treffen, legt. Das „Social Planning“ Modell zielt auf die Lösung wesentlicher sozialer Probleme. Hierzu werden Daten gesammelt und darauf aufbauend Handlungsschritte erarbeitet. Die Nutznießer werden als Konsumenten wahrgenommen. Empowerment findet insoweit statt, als die Konsumenten zu ihren Bedürfnissen befragt oder über ihre Wahlmöglichkeiten hinsichtlich verschiedener Serviceangebote informiert werden. Hauptziele des „Social Action“ Modells sind die Veränderung von Machtverhältnissen und von Ressourcenverteilung sowie ein grundlegender Wandel von Institutionen. Als wesentliche Veränderungsstrategie wird in diesem Mo-

⁴ Laut Jeffries ist der Oberbegriff „community work“ typisch für Großbritannien, während in den USA der Oberbegriff „community organizing“ verwendet wird (vgl. Jeffries 1996, 106). Bei Rothman findet sich der Oberbegriff „community organization“ (vgl. Henriksbø; Olsson 2010, 4).

Diese unterschiedliche Begriffsverwendung bestätigt sich auch in der Literaturliste zum internationalen Modul „Community work from an international perspective“. Der Begriff „community work“ findet sich hier in den Titeln der britischen, australischen, südafrikanischen und skandinavischen Veröffentlichungen. Die US-amerikanischen Autoren verwenden hingegen die Begriffe „community organizing“ und „community organization“.

⁵ Die Zahlen in Klammern verweisen auf die Nummern der Praxisvariablen in der unter **Anlage 1** abgedruckten Tabelle.

dell die Mobilisierung von Menschen für Aktionen, die den Interessen eines Feindes schaden, genutzt. Die Nutznießer werden als Opfer betrachtet. Schwerpunkte des Empowermentkonzeptes sind das Erreichen objektiver Macht für die Nutznießer sowie des Rechtes und der Mittel, Entscheidungen zu beeinflussen (vgl. Rothman 1996, 70 ff.).

Ursprünglich hat Rothman die von ihm entwickelten Modi als klar voneinander abgrenzbar wahrgenommen. Diese strikte Trennung hat Rothman aufgegeben. Er stellt fest, dass sich die Interventionsmodi in der Praxis überschneiden (vgl. ebd. 71). Sofern in der praktischen Arbeit Praxisvariablen, die verschiedenen Modi zugeordnet sind, kombiniert werden, ergeben sich bimodale Interventionen (Development/Action, Planning/Development, Action/Planning) oder gemischte Interventionen (Kombination aller drei Modi). Rothman nimmt an, dass die grundlegenden Modi in Reinform nur einen Bruchteil der Praxis ausmachen, bimodale Kombinationen hinsichtlich der

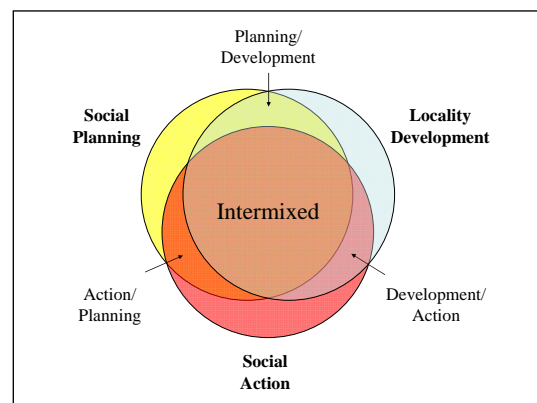


Abbildung 1: Überschneidung der Interventionsmodi

Häufigkeit eine Mittelstellung einnehmen und Mischungen aller drei Modi die Praxis dominieren (vgl. ebd. 77f.). Weiterhin merkt Rothman an, dass sich die Schwerpunktsetzung im Verlauf eines Projektes auch von einem Modus auf einen anderen Modus verschieben kann (vgl. ebd. 94). Abschließend schätzt er ein, dass jeder Interventionsmodus für sich allein genommen Beschränkungen aufweist, zu deren Überwindung die anderen Modi beitragen können. Die von ihm entwickelten Praxisvariablen sollen Praktikern daher als Optionen zur Verfügung stehen, die sie flexibel anwenden können (vgl. ebd. 96).

Die britische Autorin Ann Jeffries greift das Konzept Rothmans auf und entwickelt daraus das „Four-Square Model of Community Practice“, welches die unterschiedliche Schwerpunktsetzung der Grundmodi nach Rothman sehr anschaulich visualisiert. Anknüpfend an den doppelten Fokus von CW, der einerseits auf Veränderung und andererseits darauf gerichtet ist, wie diese Veränderung hervorgebracht wird, beschränkt sich Jeffries auf die Vergleichsdimensionen „change“ und „empowerment“. Die beiden Dimensionen werden in einem Koordinatensystem kombiniert (vgl. Abb. 2). Auf der „change axis“ (Vertikale) wird der Umfang der angestrebten Änderung abgebildet. Dabei reicht das Veränderungsniveau von relativer Stabilität, also einer Verbesserung unter Aufrechterhaltung des Status Quo, bis hin zu umfassenden Veränderungen, welche

aufgrund der Wahrnehmung von Entmündigung und struktureller Ungerechtigkeit angestrebt werden und Autoritäten in Frage stellen. Die „empowerment-axis“ (Horizontale) bildet das Kontinuum zwischen Entscheidungen durch die Gemeinde und Entscheidungen durch Eliten ab.

Im Hinblick auf die Veränderungsintensität ordnet Jeffries Rothmans Modi „Locality Development“ (hier bezeichnet als „Community Development“⁶) und „Social Planning“ dem oberen Bereich der „change axis“ (Stabilität) zu. „Social Action“ als

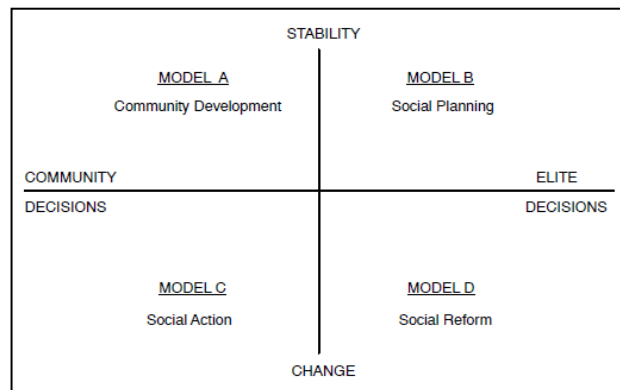


Abbildung 2: Four-Square Model of Community Practice

stark veränderungsorientierter Modus steht im unteren Bereich (Veränderung). Auf der linken Seite der „empowerment axis“ (Entscheidung durch Gemeinde) stehen „Social Action“ und „Community Development“. Das eher auf Entscheidungen von Experten ausgerichtete „Social Planning“ Modell ist entsprechend auf der rechten Seite (Entscheidung durch Eliten) angeordnet. Um das Modell zu vervollständigen, ergänzt Jeffries „Social Reform“ als weiteren Modus (vgl. Jeffries 1996, 107ff.).

Der britische Autor Alan Twelvetrees versucht die vielfältigen Erscheinungsformen von CW durch sieben Dimensionen zu erfassen, in denen jeweils zwei gegensätzliche Arbeitsformen gegenübergestellt werden. Die erste Dimension „*community development work* `versus` *social planning*“ bezieht sich auf die grundsätzliche Ausrichtung von CW. Die Arbeitsweise „community development work“ beschreibt Twelvetrees folgendermaßen: „*Community development workers operate as facilitators with people in relation to what **those** people decide to become involved with, helping them realizing **their** collective goals.*“ (Twelvetrees 2008, 3; Hervorhebung im Original). Ausgangspunkte für die Tätigkeit des Gemeinwesenarbeiters sind also die Entscheidung der beteiligten Menschen, in welchen Bereichen sie sich engagieren wollen, und deren gemeinsame Zielvorstellungen. „Community development work“ ist von der Überzeugung getragen, dass Veränderung durch einen Prozess hervorgebracht werden sollte, der sicherstellt, dass die daran Beteiligten so viel Kontrolle wie möglich haben und der sie befähigt, selbst zu handeln. Demgegenüber handelt der Gemeinwesenarbeiter im Falle von „social planning“ stärker eigeninitiativ, in dem er beispielsweise Projekte initiiert oder direkt

⁶ Jeffries bevorzugt hier den Begriff „Community Development“. Dieser ist in Großbritannien gebräuchlich, da hinter dem Begriff „community“ ein umfassenderes Konzept steht als hinter dem Begriff „locality“ (vgl. Jeffries 1996, 102).

mit den Anbietern sozialer Dienste zusammenarbeitet, um sie für die Bedürfnisse bestimmter Gemeinden zu sensibilisieren. Zugunsten des Erreichens von Veränderung rückt die Beteiligung bestehender Gemeindegruppen mehr oder weniger stark in den Hintergrund. Twelvetrees betont, dass Gemeinwesenarbeiter beide Arbeitsweisen beherrschen müssen und dass es viele Formen von CW gibt, welche sowohl „community development work“ als auch „social planning“ beinhalten (vgl. ebd. 3ff.).

Die Dimension *„the facilitating (or enabling) role and the organising role“* bezieht sich auf die Rolle des Gemeinwesenarbeiters innerhalb der Gruppe, mit der er arbeitet. Im Falle der „facilitating role“ lässt sich der Gemeinwesenarbeiter auf das Tempo der Gruppe ein und unterstützt diese dabei, auszuarbeiten, was sie tun möchte und wie sie es tun möchte. Er wirkt als Katalysator. Hingegen übernimmt der Gemeinwesenarbeiter eine „organising role“, sofern er entweder informell oder als offizieller Vorsitzender Leitungsfunktionen in der Gruppe übernimmt (vgl. ebd. 6). Die Dimension *„generic and specialist community work“* dient der Unterscheidung einer generalistischen oder spezialisierten Ausrichtung der Arbeit. Sofern es dem Gemeinwesenarbeiter möglich ist, mit jeder Gruppe im Gemeinwesen zu jedem Thema zu arbeiten, spricht Twelvetrees von „generic community work“. Für Großbritannien stellt Twelvetrees fest, dass in den letzten drei Jahrzehnten „specialist community work“ häufiger geworden ist. Oft werden Gemeinwesenarbeiter von Serviceanbietern eingestellt, um die angebotenen Dienste zu verbessern und die Kunden oder Klienten in diesen Verbesserungsprozess einzubeziehen. Die Spezialisierung ergibt sich daraus, dass Aufgabe des Gemeinwesenarbeiters entweder die Arbeit zu einem bestimmten Themenbereich mit einer örtlichen Gemeinde oder die Arbeit mit einer bestimmten Kategorie von Menschen ist (vgl. ebd. 4). In der Dimension *„community work in its own right and community work as an attitude“* wird danach differenziert, ob CW direkt zum Aufgabenbereich eines Angestellten gehört oder ob jemand in seinem Arbeitsfeld lediglich Prinzipien von CW anwendet. Die Dimension *„unpaid and paid community work“* dient dazu, auch die Arbeit von Ehrenamtlichen, die quasi als Gemeinwesenarbeiter aktiv sind, als spezielle Form von CW zu berücksichtigen (vgl. ebd. 6).

Die zwei verbleibenden Dimensionen beziehen sich darauf, welche Ziele und welche Mittel im Gemeinwesenarbeitsprozess im Vordergrund stehen. Mit den Zielen befasst sich die Dimension *„process and product“*. Prozessziele beziehen sich auf Veränderungen der Selbstsicherheit, des Wissens, der Fähigkeiten oder der Haltungen der Menschen oder auf die Entwicklung einer Organisation. Demgegenüber erfassen Produktzie-

le angestrebte Veränderungen der materiellen Situation. Twelvetrees weist darauf hin, dass stets beide Zielarten eine Rolle spielen und dass es von der jeweiligen Situation abhängt, ob Prozess- oder Produktziele überwiegen (vgl. ebd. 5). Die Frage, welche Mittel zur Erreichung der Ziele eingesetzt werden, wird in der Dimension „*self-help/service approaches and influence approaches*“ aufgegriffen. Im ersten Fall können die Bedürfnisse einer Gemeinde zu einem großen Teil durch Ressourcen der Gemeinde erfüllt werden. Entsprechend liegt der Schwerpunkt auf der Bündelung der internen Ressourcen. Hingegen ist es im zweiten Fall notwendig, Einfluss auf Organisationen außerhalb der Gemeinde zu nehmen, um von diesen Ressourcen zu erhalten oder sie dazu zu bewegen, ihre Politik zu ändern (vgl. ebd. 4).

1.3 Einordnung des durch Vircamp vertretenen Begriffsverständnisses

Im Curriculum zum internationalen Modul „Community work from an international perspective“ wird „community work“ wie folgt definiert:

“Community work is a planned process to mobilise communities to use their own social structures and resources to address their own problems and achieve their own objectives. Community work focuses on participation and fosters empowerment, emancipation and change through collective action.” (Vircamp, 1).

Die Ordnungsversuche von Rothman, Jeffries und Twelvetrees machen deutlich, dass CW sich kaum durch eine allgemeingültige Definition erfassen lässt. So beschreibt auch die obige Definition nur einen Teil der vielfältigen CW-Praxis zutreffend. Sie verweist auf eine bestimmte Ausrichtung des durch Vircamp vermittelten Ansatzes von „community work“.

Durch die Betonung der Nutzung eigener Strukturen und Ressourcen der Gemeinde zum Umgang mit eigenen Problemen und zur Erreichung eigener Ziele deutet die Definition auf die Bevorzugung eines „self-help approaches“ hin. In Zusammenschau mit der Hervorhebung von Partizipation und Veränderung durch gemeinsames Handeln zeigen sich Parallelen zu Praxisvariablen, welche Rothman dem Modus „Locality Development“ zuordnet: Ziel der Selbsthilfe (1), breit angelegte Beteiligung bei der Bestimmung und Lösung eigener Probleme (3), Nutznießer als Teilnehmer an einem interaktionsorientierten Problemlösungsprozess (11), Stärkung der Fähigkeit, gemeinsame Entscheidungen zu treffen (12) (vgl. Anlage 1). Betrachtet man Jeffries' Vergleichsdimensionen, ist das Begriffsverständnis aufgrund der Fokussierung auf die Eigentätigkeit von Gemeinden auf der linken Seite der „empowerment-axis“ (Entscheidung durch Gemeinde) einzuordnen. Zum Umfang angestrebter Veränderungen sagt die Definition nichts aus. Bezugspunkt für das Anstreben von Veränderung ist die Problemsicht der

Gemeinde. Sofern in einer konkreten Praxissituation strukturelle Benachteiligung als zu lösendes Problem durch die Gemeinde wahrgenommen würde, wäre eine Einordnung im unteren Bereich der „change-axis“ möglich. Da die Definition jedoch die Selbsthilfe betont, während das Anstreben struktureller Veränderung eher einen „influence approach“ erfordern würde, scheint eine Einordnung des Begriffsverständnis im oberen Bereich der „change axis“ (Stabilität) angemessen. Somit zeigt sich eine Übereinstimmung mit „community development“ (vgl. Abb. 2).

Entsprechend der besonderen Ausrichtung der vorgestellten Begriffsdefinition bildete „community development“ den Schwerpunkt des von Vircamp durchgeführten internationalen Moduls. Dabei stand der Ansatz Ife und Tesorieros im Mittelpunkt der theoretischen Auseinandersetzung. Nach meiner Einschätzung enthält das „community development“ Konzept Ife und Tesorieros alle Praxisvariablen des Modus „Locality Development“. Gleichzeitig basiert das Konzept aber auf der Kritisierung struktureller Ungleichheit sowie auf Forderungen nach einer Ablösung des Wohlfahrtsstaates durch gemeinde-basierte Humandienstleistungen, nach Änderung von Machtverhältnissen zugunsten Benachteiligter und nach der Verwirklichung Partizipatorischer Demokratie. Die gesamtgesellschaftlichen Ansprüche von CW werden auch bei Twelvetrees verdeutlicht. Ihm zufolge ist seit den 80er Jahren die Benachteiligung bestimmter Bevölkerungsgruppen ein wichtiges Thema von CW. Es habe eine Erweiterung der sozialistischen bzw. der feministischen Perspektive hin zu einer Bezugnahme auf die vielfältigen Formen von Ungleichheit stattgefunden. Das „equality issue“ gehöre mittlerweile zum Mainstream der „community work“ Theorie in Großbritannien. Twelvetrees erachtet es als notwendig, systematischer Unterdrückung, Exklusion und Machtlosigkeit entgegenzuwirken (vgl. Twelvetrees 2008, 13f.).

„Community development“ bezieht sich also nicht nur auf Veränderungen innerhalb von Gemeinden, sondern zielt auch auf Veränderungen der gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Die Wahrnehmung von Ungleichheit als zentrale Herausforderung sowie die Forderung nach der Änderung von Machtverhältnissen und von Institutionen bedeutet eine Übereinstimmung mit den Praxisvariablen „Zielstellung“ (1), „wahrgenommene Probleme“ (2) und „Empowerment“ (12) des Modus „Social Action“ (vgl. Anlage 1). Die radikalen Veränderungsziele beziehen sich jedoch weniger auf einzelne CW-Projekte. Sie fungieren eher als leitende Werte und langfristige Zielstellungen.

2 Aktivierung und Beteiligung im Rahmen von „bottom-up“ Praxis

2.1 Veränderung von unten

„At the heart of community development is the idea of change from below.“ (Ife; Tesoriero 2006, 122). Die Idee der „Veränderung von unten“ ist das Kernstück des Ansatzes von Ife und Tesoriero. Als Synonyme für „change from below“ verwenden die Autoren „bottom-up practice“ und „bottom-up development“ (vgl. ebd. 141; 267). Die „bottom-up“ Perspektive ist zugleich ein Schwerpunkt, den das Curriculum des internationalen Moduls setzt: „Students will also learn about the advantages and power in approaches carried out from a bottom-up perspective.“ (Vircamp, 1). Daher widmet sich das folgende Kapitel der Frage, was „change from below“ bedeutet. Zudem wird der Zusammenhang von „Veränderung von unten“ und Empowerment aufgegriffen.

Henriksbø und Olsson beschreiben ihr Verständnis von „Veränderung von unten“ wie folgt: Es sei wichtig, dass die Ideen von den Menschen kommen, von den Bürgern in der Gemeinde⁷. Als professioneller Outsider müsse man warten, bis die Gemeindemitglieder ihre Probleme und Bedürfnisse definieren, auch wenn man selbst beträchtliche Bedarfe der Gemeinde wahrnimmt (vgl. 2010, 4). Darüber hinaus sind folgende Prinzipien für einen „bottom-up“ Ansatz von Bedeutung: Gemeinden sollen dazu aktiviert werden, ihre eigenen sozialen Strukturen und alle verfügbaren Ressourcen zu nutzen, um bestimmte Ziele zu verwirklichen. Diese Ziele sollen primär durch Vertreter der Gemeinde festgelegt werden und den örtlichen Werten entsprechen. Maßnahmen zur Erreichung der Ziele sollen vorwiegend durch Einzelpersonen, Gruppen oder Organisationen aus der Gemeinde organisiert werden (vgl. Bracht et. al. 1999, 86). Die Idee „Veränderung von unten“ wendet sich gegen das Aufzwingen von Antworten, Strukturen und Prozessen von außerhalb der Gemeinde und somit gegen „top-down“ Rationalität und Planung (vgl. Ife, Tesoriero 2006, 272; 267). Sie ist verbunden mit der Forderung nach Selbstbestimmung und Selbständigkeit von Gemeinden und mehr Macht auf „grassroot“-Ebene (vgl. ebd. 122). Entsprechend ist „Veränderung von unten“ untrennbar mit dem Empowerment-Gedanken verbunden.

Empowerment ist ein grundlegendes Ziel von „community development“. Es können zwei wesentliche Bezugspunkte von Empowerment unterschieden werden: die individuelle Ebene und die Ebene von Gruppen bzw. Gemeinden. Ronnby beschreibt dies sehr prägnant: „The concept ... sometimes refers to the ability of individuals to influ-

⁷ Entsprechend der von Ife und Tesoriero vertretenen Auffassung von „community“ (vgl. Teil A - Kapitel 1.1) beziehen sich die Ausführungen im Folgenden auf geographische Gemeinden. Wie auch bei Ife und Tesoriero (vgl. 2006, 98) kann die Argumentation aber zum Teil auch für funktionelle Gemeinden gelten.

ence their own life, and sometimes to the strenght of groups and collectives to change their living conditions.“ (2009, 121). Beide Arten von Empowerment werden im Rahmen von „community development“ angestrebt. Hierbei liegt der Schwerpunkt auf der Ebene von Gruppe bzw. Gemeinde, da „community development“ vordergründig die Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit eben dieser fördern will. Die Beteiligung an gemeinsamen Aktivitäten soll aber gleichzeitig zu individuellem Empowerment beitragen. Dieser Zusammenhang wird durch Bracht et. al. verdeutlicht. Die Autoren verwenden für die zwei Bezugspunkte von Empowerment die Begriffe „psychological empowerment“ und „community empowerment“. „Psychological empowerment“ definieren sie als das subjektive Gefühl eines Individuums, mehr Kontrolle über das eigene Leben zu haben. „Community empowerment“ entsteht ihrer Auffassung nach dann, wenn die Beteiligung an gemeinsamen politischen bzw. sozialen Aktionen „psychological empowerment“ nach sich zieht und darüber hinaus zur Umverteilung von Ressourcen oder Entscheidungskompetenzen führt (vgl. Bracht et. al. 1999, 86f.).

Für Ife und Tesoriero bedeutet Empowerment, dass Menschen eine Möglichkeit haben, die Strukturen und Entscheidungen, die sich auf ihr Leben auswirken, zu beeinflussen und die Bedingungen, in denen sie leben, zu verändern (vgl. 2006, 163). In ihrem Konzept bezieht sich die Zielstellung Empowerment speziell auf Benachteiligte, für die eben dieses besonders erschwert ist: „*Empowerment aims to increase the power of the disadvantaged.*“ (2006, 65). Die Autoren unterscheiden drei Arten von Benachteiligung (vgl. Abb. 3). Der ersten Kategorie (strukturelle Benachteiligung) ordnen Ife und Tesoriero

die Benachteiligung aufgrund von Klasse, Rasse oder Geschlecht zu. Diese Formen der Benachteiligung sind nach Ansicht der Autoren in nahezu allen sozialen Fragestellungen erkennbar und stellen die drei Hauptformen von Benachteiligung in westlichen Gesellschaften dar. Die zweite Kategorie (andere

PRIMARY STRUCTURAL DISADVANTAGED GROUPS	CLASS the poor the unemployed low-income workers welfare beneficiaries GENDER women RACE/ETHNICITY Indigenous people ethnic and cultural minorities
OTHER DISADVANTAGED GROUPS	the aged children and youth people with disabilities (physical, mental and intellectual) gays and lesbians the isolated (geographically and socially) etc.
THE PERSONALLY DISADVANTAGED	those experiencing grief, loss, personal and family problems etc.

Abbildung 3: Benachteiligungsarten nach Ife und Tesoriero

benachteiligte Gruppen) umfasst alle Gruppen, die aufgrund anderer Merkmale als Rasse, Klasse oder Geschlecht benachteiligt werden. Oftmals fällt diese Form der Benachteiligung mit Benachteiligung der ersten Kategorie zusammen. In der dritten Kategorie (persönlich Benachteiligte) wird die Benachteiligung infolge persönlicher Umstände

erfasst, die nicht in Zusammenhang mit der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe stehen, sondern jeden betreffen können (vgl. Ife; Tesoriero 2006, 73ff.). Für den Empowermentprozess im Rahmen von „community development“ ergibt sich aus der Argumentation Ife und Tesorieros die Anforderung, insbesondere die Beteiligung benachteiligter Gruppen oder Einzelpersonen zu fördern und den Einfluss von Eliten⁸ zu verringern. Diesem Anspruch entspricht die Ablehnung von „top-down“ Entscheidungen. In erster Linie bezieht sich diese Ablehnung auf Entscheidungen, die von Eliten außerhalb der Gemeinde getroffen werden. Aber auch innerhalb der Gemeinde spielt dieser Grundsatz eine Rolle. „Veränderung von unten“ erschöpft sich nicht allein darin, dass Mitglieder der Gemeinde entscheidende Akteure im Veränderungsprozess sind. Auch hier ist danach zu fragen, ob wiederum Eliten die bestimmenden Akteure sind, während benachteiligte Personen oder Gruppen außen vor bleiben.

2.2 Wertschätzung des Lokalen

Ife und Tesoriero beschreiben anhand von fünf Prinzipien einen wünschenswerten Umgang mit den Eigenheiten von Gemeinden im Gemeinwesenarbeitsprozess, der kurz gefasst mit „Wertschätzung des Lokalen“ überschrieben werden kann. Die Prinzipien betreffen das Verhältnis des Professionellen zur Gemeinde und bestimmen dessen Aufgaben im Rahmen eines „bottom-up“ Ansatzes näher. Wie oben erläutert, setzt „bottom-up“ Praxis voraus, dass Veränderungen in erster Linie durch die Menschen selbst, durch ihr gemeinschaftliches Handeln, hervorgebracht werden. Aufgabe des Gemeinwesenarbeiters ist es daher nicht, Dinge „*for*“, „*to*“ or „*on behalf*“ of the community“ zu tun, sondern „*with the community*“ (vgl. Ife; Tesoriero 2006, 142). Seine Rolle ist nicht die des Experten, der den Veränderungsprozess leitet, sondern die des „*facilitators*“ (vgl. Twelvetrees 2008, 3), der den Prozess unterstützend begleitet. Ife und Tesoriero betonen, dass die Idee der „Wertschätzung des Lokalen“ angesichts der gängigen Meinung in modernen Gesellschaften, die „top-down“ Strukturen und Praktiken als selbstverständlich akzeptieren, eine radikale Idee ist (vgl. Ife; Tesoriero 2006, 141).

Um mit der Gemeinde arbeiten zu können, muss der Gemeinwesenarbeiter sich ein Verständnis der Besonderheiten der jeweiligen Gemeinde erarbeiten. Ausgangspunkt seiner Arbeit müssen die Erfahrungen der Ortsansässigen sein (vgl. ebd. 142). Lokale Res-

⁸ Als Eliten werden hier Gruppen von Menschen verstanden, die mehr Macht als andere Menschen und einen überproportionalen Einfluss auf Entscheidungsprozesse haben. Zu ihrer Machtstellung tragen die Kontrolle bzw. der Zugang zu einem Großteil der nationalen Ressourcen und die Kontrolle von Schlüsselinstitutionen (z.B. Medien, Bildung, Parteien, Bürokratie ...) bei. Für die Aufrechterhaltung von Eliten spielen unter anderem Bildung, informelle Netzwerke und Kontakte, Mitgliedschaft in Parteien oder Berufsverbänden eine Rolle (vgl. Ife; Tesoriero 2006, 67).

sourcen, lokales Wissen, lokale Fähigkeiten sowie lokale Kultur und lokale Prozesse müssen wahrgenommen und wertgeschätzt werden. Die fünf Prinzipien „*valuing local knowledge, valuing local culture, valuing local resources, valuing local skills and valuing local processes*“, welche in der Idee „Veränderung von unten“ inbegriffen sind, sind nach Ife und Tesoriero zentral für „community development“ (vgl. Ife; Tesoriero 2006, 121; 267). Was hierunter konkret zu verstehen ist und welche Herausforderungen und Dilemmata damit verbunden sind, wird im Folgenden erläutert.

„*The community knows best*“ ist ein Leitsatz, der das Prinzip „*Valuing local knowledge*“ auf den Punkt bringt. Er verweist darauf, dass es die Gemeindemitglieder sind, welche die Erfahrung mit der jeweiligen Gemeinde haben und um deren Bedürfnisse, Probleme, Stärken und besondere Eigenheiten wissen (vgl. ebd. 122). Das Prinzip besagt, dass lokales Wissen und lokale Expertise von größtem Wert für die Informationsgewinnung sind, identifiziert und wertgeschätzt werden müssen und nicht dem Wissen externer Experten untergeordnet werden dürfen (vgl. ebd. 268). Dies bedeutet nicht, dass Wissen und Expertise des Gemeinwesenarbeiters ignoriert werden. Es gibt Zeiten, in denen das Wissen des Gemeinwesenarbeiters oder anderer externer Experten brauchbar und notwendig ist (vgl. ebd. 125). „Community development“ erfordert neben lokalem Wissen auch universales Wissen. Es gilt aber Folgendes zu berücksichtigen:

1. Hinsichtlich des lokalen Wissens ist der Gemeinwesenarbeiter als Outsider nicht der Experte. Deshalb darf er nicht annehmen, dass er mit seiner externen Expertise alle Antworten geben kann (vgl. ebd. 123).
2. Auf externes Wissen sollte nur dann zurückgegriffen werden, wenn die Gemeinde (nicht nur der Gemeinwesenarbeiter) davon überzeugt ist, dass das notwendige Wissen nicht innerhalb der Gemeinde verfügbar ist (vgl. ebd. 268).
3. Gemeinwesenarbeiter und Gemeinde können und sollen voneinander lernen. „*Knowledge sharing*“ bietet die Möglichkeit, das Wissen des Gemeinwesenarbeiters und das der Gemeinde gleichermaßen zu würdigen (vgl. ebd. 125).

Das Prinzip „*valuing local culture*“ fordert, dass örtliche kulturelle Traditionen und Prozesse im Gemeinwesenarbeitsprozess berücksichtigt und unterstützt werden. Lokale Kultur trägt zur Bildung einer lokalen Identität bei und ist essentiell für das Erleben von Gemeinschaft (vgl. ebd. 268). Daher ist es wichtig, lokale Kultur anzuerkennen. Für den Gemeinwesenarbeiter ergibt sich die Herausforderung, seine eigenen kulturellen Traditionen und seine Werthaltungen, wie z.B. Vorstellungen zu Umgangsformen, zur Rolle der Frau, zur Kindererziehung oder zur Wichtigkeit von Bildung, nicht als überlegen

anzusehen. Er sollte nicht danach streben, der Gemeinde andere Werte aufzudrängen, nur weil er damit vertrauter ist und damit besser zu recht kommt. Es ist wichtig für den Gemeinwesenarbeiter, seine kulturellen Scheuklappen ablegen zu können und lokale Kultur zu akzeptieren, zumindest solange lediglich Abweichungen zwischen den kulturellen Traditionen der Gemeinde und des Gemeinwesenarbeiters bestehen. Lokale Kultur anzuerkennen, heißt jedoch nicht, dass man mit allen örtlichen Werten und Praktiken einverstanden sein und diese akzeptieren muss (vgl. ebd. 126f.). Grenzen ergeben sich, sofern lokale Kultur Menschenrechten oder Prinzipien der Nachhaltigkeit⁹ widerspricht und sofern benachteiligenden Strukturen und Diskursen entgegengetreten werden muss (vgl. ebd. 268). Eine solche Grenze besteht beispielsweise, wenn in einer Gemeinde rassistische Werte vorherrschend sind und Rassismus in der Gemeinde praktiziert und toleriert wird. Solche oder vergleichbare Situationen bedeuten für den Gemeinwesenarbeiter eine besondere Herausforderung. Die Einnahme einer offenen konfrontativen Position birgt die Gefahr, dass die Gemeinde eine weitere Zusammenarbeit ablehnt. Es bleibt die Alternative, einen kulturellen Wandlungsprozess in der Gemeinde anzuregen, indem man Menschen einbezieht, die nicht von den dominierenden kulturellen Werten überzeugt sind und sich nicht (oder nur mit Bedenken) an bestimmten kulturellen Praktiken beteiligen (vgl. ebd. 126).

Das Prinzip „*valuing local resources*“ leitet sich aus der Forderung nach „*self-reliance*“ (Selbständigkeit) von Gemeinden und dem Prinzip der Nachhaltigkeit ab. Nachhaltigkeit bezieht sich auf die Verringerung der Abhängigkeit von externen Ressourcen sowie auf die Vermeidung schädlicher Nebenwirkungen (z.B. Umweltverschmutzung) und erfordert, dass Strukturen entwickelt werden, die langfristig erhalten werden können. Die Idee der „*self-reliance*“ besagt, dass Gemeinden versuchen sollten, ihre eigenen Ressourcen zu nutzen, wann immer es möglich ist, anstatt sich von externer Unterstützung abhängig zu machen. Dies wiederum ist Voraussetzung für den Aufbau langfristig überlebensfähiger gemeindebasierter Strukturen. Es gilt, alle Ressourcen, die in einer Gemeinde vorhanden sind, zu identifizieren, weiterzuentwickeln und vor Ort erzeugte Ressourcen im Interesse der Gemeinde zu maximieren.¹⁰ Ife und Tesoriero benennen als Beispiele für relevante Ressourcen Fähigkeiten, Personal, Expertentum,

⁹ Zentral für Ife und Tesorieros Vision einer wünschenswerten Gesellschaft sind die „social justice and human rights perspective“ und die „ecological perspective“ (vgl. Ife, Tesoriero 2006, 96). Daher sind Menschenrechte und Nachhaltigkeit für die Autoren wichtige Beurteilungskriterien dafür, was im Rahmen von CW akzeptabel ist und was nicht.

¹⁰ Eine ausführliche Erläuterung zur Identifikation von Ressourcen ist im Rahmen dieser Arbeit nicht möglich. Zur Anregung werden jedoch in **Anlage 2** und **Anlage 3** zwei Übersichten beigelegt, in denen mögliche Ressourcen und Analysekategorien aufgeführt sind.

Grundbesitz, Gebäude sowie finanzielle Ressourcen. Lokales Wissen und lokale Fähigkeiten sind also Teil der lokalen Ressourcen, werden aber jeweils in einem separaten Prinzip besonders gewürdigt (vgl. ebd. 127ff.).

Ife und Tesoriero weisen darauf hin, dass viele materielle Ressourcen entweder im Besitz von Privatleuten und kleinen Betrieben oder von großen Firmen und Regierungen sind. Gemeindeseigentum sei hingegen oft begrenzt auf einen Gemeindesaal, örtliche Parks sowie Einrichtungen und Betriebsmittel der Gemeindeverwaltung. Eine Ausweitung des Gemeindeseigentums sehen die Autoren als erstrebenswert an. Gemeindeseigentum verstehen sie als eine Möglichkeit, lokale Ressourcen zu bündeln und für alle Gemeindemitglieder nutzbar zu machen. Zur Ausweitung von Gemeindeseigentum könnten viele Dinge, die in Privathaushalten oft lange ungenutzt herumliegen, wie Gartengeräte, Bücher, Spiele, Fahrräder, etc. genutzt werden. Gemeindeseigentum könne auf vielfältige Weise organisiert werden. Man könne zum Beispiel das Bibliothekensystem auf andere Gegenstände als Bücher, z.B. auf Spielzeug oder Werkzeug übertragen. Für Dinge, die schwer transportabel sind, wäre die Schaffung von Einrichtungen, wie Computerräumen, Werkstätten oder einer Wäscherei, die alle Gemeindemitglieder nutzen dürfen, eine denkbare Alternative (vgl. ebd. 270).

Kritisch stehen Ife und Tesoriero der unhinterfragten Inanspruchnahme externer finanzieller Ressourcen gegenüber. Diese Kritik gilt unter anderem für Mittel von Stiftungen und Kirchen aber in besonderem Maße für staatliche Gelder. Ein Widerspruch von „community development“ Projekten sei es, dass sie oft hochgradig abhängig von staatlicher Finanzierung sind. Häufig sei die Gewährung staatlicher Mittel mit bestimmten Vergabekriterien verbunden, welche die Autonomie der Projekte einschränke. Die Abhängigkeit vom Wohlfahrtsstaat werde durch die „*Let's get a grant*“ Mentalität vieler Gemeinwesenarbeiter weiter verstärkt. Da das Ziel von „community development“ aber die Selbstständigkeit von Gemeinden ist, müssten externe Finanzierungsmittel auf ein knappes Minimum reduziert werden (vgl. ebd. 128f.). Das Prinzip „valuing local resources“ kann hier als Korrektiv wirken, indem zunächst die vorhandenen Ressourcen gewürdigt und nutzbar gemacht werden, bevor entschieden wird, welche Unterstützung von außen notwendig ist und welche finanziellen Mittel beantragt werden müssen.

Das Prinzip „*valuing local skills*“ ist vergleichbar mit „*valuing local knowledge*“. Auch hier geht es darum, die Fähigkeiten des Gemeinwesenarbeiters oder anderer Externer nicht zu bevorzugen, sondern die Fähigkeiten der Gemeindemitglieder als gleichwertig anzuerkennen. Es ist von großem Nutzen, eine Bestandsaufnahme der vorhandenen Fä-

higkeiten durchzuführen, da sich häufig auch die Gemeindemitglieder des großen Spektrums der verfügbaren Fähigkeiten nicht bewusst sind und dazu neigen, externe Expertise zu suchen, ohne danach zu fragen, ob diese vor Ort verfügbar ist. Aufgabe des Gemeinwesenarbeiters ist es, Gemeindemitgliedern bewusst zu machen, dass das, was sie können, Fähigkeiten sind, die wertvoll für den Gemeinwesenarbeitsprozess sind. Er muss sie dabei unterstützen, ihre Fähigkeiten im Interesse der Gemeinde einbringen zu können. Außerdem muss er sich darum bemühen, dass relevante Fähigkeiten von Gemeindemitgliedern erlernt werden können. Hier spielt die Idee des „*skill-sharing*“, also des wechselseitigen Austausches von Fähigkeiten zwischen Gemeinwesenarbeiter und Gemeinde, eine wichtige Rolle (vgl. ebd. 129f.; 271).

Grundlage für das Prinzip „*valuing local processes*“ ist die Überzeugung, dass es nicht einen bestimmten Weg gibt, Dinge richtig zu tun und dass etwas, was in einer Gemeinde funktioniert, nicht zwangsläufig auch in einer anderen Gemeinde gelingt. Ife und Tesoriero warnen davor, Prozesse, die durch Bücher oder Kurse vermittelt werden oder die in einem anderen Kontext erfolgreich waren, anzuwenden ohne die spezielle Situation einer Gemeinde zu berücksichtigen. Jede Gemeinde müsse ihren eigenen besonderen Weg entwickeln. Für den Gemeinwesenarbeiter ist es wichtig, lokale Prozesse, also die Art, wie Dinge gewöhnlich in einer Gemeinde getan werden, zu verstehen. Ein solches Verständnis ist notwendig, um nicht durch die Anwendung bestimmter Prozesse unbeabsichtigt Menschen von der Beteiligung am Gemeinwesenarbeitsprozess auszuschließen. Die Anberaumung einer öffentlichen Versammlung zu einer bestimmten Uhrzeit, an einem bestimmten Tag und einem bestimmten Ort mit bestimmten Regeln kann gewohnten Beteiligungs- und Entscheidungsfindungsprozessen widersprechen oder mit anderen üblichen Gemeindeaktivitäten kollidieren. Kennt der Gemeinwesenarbeiter übliche Prozesse und Aktivitäten, kann er eher einschätzen, inwieweit Dinge, die an einem anderen Ort gut funktioniert haben, verwendbar oder in adaptierter Form anwendbar sind. Ähnlich wie bei der Wertschätzung lokaler Kultur müssen lokale Prozesse nicht notwendigerweise akzeptiert und bestärkt werden, beispielsweise sofern sie systematisch bestimmte Menschen benachteiligen und ausschließen. Trotzdem ist es wichtig, die lokalen Prozesse zu kennen (vgl. ebd. 130; 272).

Die Realisierung eines „bottom-up“ Ansatzes, und der dafür notwendigen „Wertschätzung des Lokalen“ erfordert eine große Offenheit und Flexibilität des Gemeinwesenarbeiters. Er muss sich im Prozess zurücknehmen, eher beobachten, zuhören und fragen als Antworten vorzugeben (vgl. ebd. 131). Zu seinen Aufgaben gehört es, lokale Res-

sourcen, darunter insbesondere das Wissen und die Fähigkeiten der Gemeindemitglieder, zu identifizieren und einen Überblick über lokale Kultur und lokale Prozesse zu gewinnen. „Wertschätzung des Lokalen“ benötigt sehr viel Zeit: Zeit um Menschen kennen zu lernen, ihr Vertrauen zu gewinnen und sie zu ermutigen, ihr Wissen, ihre Fähigkeiten etc. im Interesse der Gemeinde zu nutzen. Die zurückhaltende Rolle des Gemeinwesenarbeiters verlangt von diesem eine Abkehr von „top-down“ Denken und der Annahme, als ausgebildeter Experte müsse er am besten wissen, was für eine Gemeinde wie zu tun ist. Seine Person ist wesentlich für den Verlauf von Gemeinwesenarbeitsprozessen und damit auch für die Ermöglichung oder Verunmöglichung von „bottom-up“ Praxis. Entscheidend hierfür sind aber auch die Ansichten und gewohnten Verhaltensweisen anderer Beteiligter.

Als wesentliches Hindernis benennen Ife und Tesoriero die unhinterfragte Akzeptanz der „top-down“ Perspektive, sowohl seitens der Organisationen, die für die Durchführung von „community development“ Programmen verantwortlich sind (vgl. ebd. 131) als auch seitens der Gemeindemitglieder, mit denen der Gemeinwesenarbeiter arbeitet (vgl. ebd. 142). Ergänzt werden könnten hier noch die Organisationen, die „community development“ finanzieren. Insofern ist Ife und Tesoriero zuzustimmen, dass die Idee der „Wertschätzung des Lokalen“ radikal und nicht ohne weiteres umzusetzen ist.

2.3 Aktivierung zu kollektivem Handeln

Die Verwirklichung eines „bottom-up“ Ansatzes setzt voraus, dass die Mitglieder der Gemeinde im Gemeinwesenarbeitsprozess aktiv werden. Entsprechend ist die Aktivierung der Menschen zu Eigenaktivität und zu kollektivem Handeln eine zentrale Herausforderung für Gemeinwesenarbeiter. Bracht et. al. verstehen unter Aktivierung der Gemeinde einen Prozess, durch den eine Gemeinde

- a) sich eines in der Gemeinde existierenden Zustandes oder Problems bewusst wird
- b) diesen Zustand als eine Priorität für das Handeln der Gemeinde identifiziert
- c) Schritte einleitet, um diesen Zustand zu ändern
- d) Strukturen entwickelt, um Programme durchzuführen und zu erhalten

Gemeindeaktivierung erfordert nach Ansicht der Autoren sowohl die Identifikation eines relevanten Themas als auch die Identifikation und Aktivierung von Gemeindegruppen und Einzelpersonen, die bereit sind, sich mit dem Thema zu beschäftigen (vgl. Bracht et. al. 1999, 85).

Ronnby beschreibt vor dem Hintergrund seiner Erfahrungen mit der schwedischen Dorfbewegung Bedingungen, die kollektives Handeln fördern und Aktivierungsarbeit

erleichtern. Er formuliert folgende Grundannahme zu den Beweggründen, die für die Teilnahme an Aktivitäten eine Rolle spielen: Menschen nehmen nur dann an einer Aktivität teil, die persönliche Opfer erfordert, wenn sie annehmen, dass sie dadurch etwas herausbekommen (z.B. Abwehr einer Bedrohung, Erreichen eines Erfolges) oder wenn sie denken, dass das Projekt realisierbar ist. Sie übernehmen eine aktive Rolle, wenn sie einschätzen, dass sie selbst mit ihren Ressourcen den Erfordernissen einer Aufgabe genügen und wenn die Kosten (Zeitaufwand, Geld, Energie) in einem angemessenen Verhältnis zu dem, was sie erreichen wollen, stehen (vgl. Ronnby 2009, 129).

Ronnby benennt folgende Faktoren, die sowohl das Handeln von Einzelpersonen als auch das vereinte Handeln einer Gruppe beeinflussen (vgl. ebd. 125):

- persönlicher Hintergrund (Lebensgeschichte, Erfahrungen, Deutungsmuster)
- sozialer Kontext (Netzwerke, Beziehungen)
- Perspektiven (Wahrnehmung der eigenen Person, insbesondere eigener Möglichkeiten und Begrenzungen; Wahrnehmung anderer Menschen, Sicht auf die Welt)
- aktuelle Situation
- Intention (Ziele, Motive, Interessen und Ambitionen einer Person)
- Mittel (Wissen und Kompetenzen der Person sowie andere materielle, soziale, kulturelle und mentale Ressourcen)
- Widerstand (strukturelle Hindernisse; Widerstand anderer Personen)

Das komplexe Zusammenspiel dieser Faktoren beeinflusst das Urteil darüber, was unter gegebenen Bedingungen realistisch erreichbar scheint und die Abwägung, ob sich die Teilnahme an einer Aktivität lohnt. Somit sind das Kennen lernen der einzelnen Gemeindemitglieder mit ihren Ansichten, ihrem Wissen, ihren Fähigkeiten und die Wahrnehmung sozialer Beziehungen sowie struktureller, materieller und kultureller Gegebenheiten in einer Gemeinde für das Verständnis, warum Menschen aktiv werden oder nicht aktiv werden, von zentraler Bedeutung. Ein intensiver Kontakt zu Gemeindemitgliedern ermöglicht es dem Gemeinwesenarbeiter geteilte bzw. widerstreitende Interessen innerhalb der Gemeinde zu erkennen, mögliche Hinderungsgründe für die Beteiligung Einzelner oder bestimmter Gruppen wahrzunehmen und Menschen bei der Suche nach ihnen entsprechenden Aktivitäten zu unterstützen. Insofern ist Ife und Tesorieros Konzept „Wertschätzung des Lokalen“ von besonderem Wert für Aktivierungsarbeit, da es die Wahrnehmung lokaler Ressourcen, lokalen Wissens, lokaler Fähigkeiten sowie lokaler Kultur und lokaler Prozesse in den Mittelpunkt stellt und somit wesentliche Einflussfaktoren für das Handeln der Menschen in der Gemeinde aufgreift.

Eine Grundbedingung für gemeinsames Handeln ist die Wahrnehmung eines gemeinsamen Problems oder eines gemeinsamen Bedürfnisses, um das sich sonst niemand kümmert (vgl. Ronnby 2009, 128). Oft wird lokale Bevölkerung dann aktiv und versucht Einfluss auf ihre Lebensbedingungen zu nehmen, wenn eine Krisensituation entsteht. Krisenbewusstsein ist daher zumeist der Auftakt für die Mobilisierung von Menschen. Als Beispiel hierfür benennt Ronnby die in den 60er Jahren beginnende Krise der gering besiedelten Gebiete Schwedens, die durch den Rückgang von Arbeitsmöglichkeiten, Bevölkerungsrückgang, Schließungen von Läden und Schulen etc. gekennzeichnet war (vgl. ebd. 133ff.). In der Regel wird es ein langer Prozess sein, bis Menschen eine solch umfassende Krise wirklich als Krisensituation wahrnehmen. Eine Krisensituation ist häufig Anlass für die Durchführung von CW-Projekten. Angesichts der Vielzahl der dann aufgelaufenen Probleme ist es schwer zu entscheiden, welche Probleme angegangen werden sollen.

Will man die Menschen aktivieren, gemeinsam etwas an ihrer Situation zu ändern, ist es essentiell nach gemeinsamen Bedürfnissen als Ausgangspunkt gemeinsamen Handelns zu suchen. Swanepoel und de Beer sind der Ansicht, dass mit einem Projekt nur ein Bedürfnis in Angriff genommen werden kann. Da verschiedene Gruppen unterschiedliche Bedürfnisse als relevant ansehen und sich nie alle Gemeindemitglieder auf ein Bedürfnis einigen werden, sollten sich Projekte aus dem Problem, dem Bedürfnis oder dem Interesse einer bestimmten Gruppe entwickeln. Für den Gemeinwesenarbeiter ist es wichtig, die innerhalb einer Gemeinde bestehenden Gruppen mit gemeinsamen Interessen zu identifizieren. Dann kann er diese dabei unterstützen, jeweils separate Aktionsgruppen zu bilden, um ihr eigenes Bedürfnis zu befriedigen. Auch wenn eine Gruppe mehrere Bedürfnisse als relevant ansieht, sollte sich ein Projekt nur einem Bedürfnis widmen. Bei der Auswahl des Bedürfnisses können Dringlichkeit und Machbarkeit als Kriterien herangezogen werden (vgl. Swanepoel; de Beer 2007, 172f.).

Als unerlässlich erachten es Swanepoel und de Beer, dass die Aktionsgruppe das identifizierte Bedürfnis als ihr eigenes empfindet. Nur wenn das Bedürfnis eine wichtige Angelegenheit für sie ist, seien die Menschen bereit, Arbeit, Zeit, Energie und Geld beizusteuern. Hingegen seien sie nur schwer zum Handeln zu bewegen, wenn sie ein Bedürfnis nicht fühlen, egal ob das Bedürfnis real besteht. Gemeinwesenarbeiter sollten darauf achten, Menschen nicht einfach für Dinge zu organisieren, die sie selbst als gute Sache erachten. Dem gefühlten Bedürfnis müsse das Vorrecht eingeräumt werden, auch wenn

der Gemeinwesenarbeiter eine andere Meinung zu dringenden Bedürfnissen habe (vgl. ebd. 174f.).

Twelvetrees weist darauf hin, dass Gemeinwesenarbeiter oft so begeistert von ihren Zielen sind, dass sie nicht wahrnehmen, dass die Gemeindemitglieder diesen Enthusiasmus nicht teilen. Für den Fall, dass der Gemeinwesenarbeiter denkt, die Gemeinde habe ein bestimmtes Bedürfnis, er aber feststellt, dass die Gemeinde zum aktuellen Zeitpunkt nicht aktiv werden wird, um dieses Bedürfnis zu decken, benennt Twelvetrees drei Handlungsmöglichkeiten, die sich nicht gegenseitig ausschließen:

- mit einem „social planning“ Ansatz arbeiten, um das Bedürfnis zu decken
- zunächst Kontakt und Vertrauen gewinnen, bis einige Gemeindemitglieder das Bedürfnis, das der Gemeinwesenarbeiter sieht, als ihr eigenes empfinden
- mit der Gemeinde an deren Prioritäten arbeiten, unabhängig von den Prioritäten des Gemeinwesenarbeiters (vgl. Twelvetrees 2008, 7f.).

Die erste Alternative bedeutet einen (zumindest teilweisen) Verzicht auf die Aktivierung der betroffenen Menschen und entspricht damit nicht den Idealen einer „bottom-up“ Praxis. Für die beiden anderen Handlungsmöglichkeiten braucht der Gemeinwesenarbeiter genug Spielraum seitens seines Arbeitgebers, aber auch seitens externer Finanzgeber. Im Idealfall müsste ein CW-Projekt ergebnisoffen angelegt sein, damit der Gemeinwesenarbeiter flexibel entsprechend den Bedürfnissen der Gemeindemitglieder unterstützend tätig werden kann.

Gegenwärtig stehen jedoch in der Regel Ziele und Ergebnisse im Mittelpunkt des Interesses relevanter Organisationen. Auch Gemeinwesenarbeiter haben sich häufig an ergebnisorientiertes Denken gewöhnt. Eine ergebnisoffene Ausrichtung der Projekte bedeutet daher auch für sie eine Neuorientierung (vgl. Ife; Tesoriero 2006, 171).

Neben einem gemeinsamen Bedürfnis als notwendiger Ausgangspunkt gemeinsamen Handelns, gibt es viele weitere Faktoren, die gemeinsames Handeln fördern. Wesentlich für die Aktivierung ist, dass die beteiligten Menschen Hoffnung haben, etwas verändern zu können und dass sie Ideen haben, was getan werden könnte (vgl. Ronnby 2009, 136). In diesem Zusammenhang kommt Menschen, die in der Lage sind, realistische Ziele zu formulieren, welche für alle Beteiligten interessant sind, eine wichtige Rolle zu. Auch die Inspiration durch andere Projekte, mit denen sich die Menschen identifizieren können, ist von Bedeutung (vgl. ebd. 129). Um Hoffnung für die Zukunft zu unterstützen, sollten zunächst kleinere Projekte durchgeführt werden, damit einige Ziele bereits frühzeitig erreicht werden können und die Menschen darin bestätigt werden, dass sie etwas

verändern können. Schwieriger umzusetzende Projekte sollten später in Angriff genommen werden, wenn sich die Fähigkeit zur Zusammenarbeit und andere Kompetenzen bereits weiter entwickelt haben (vgl. ebd. 136f.; 145).

Aktivierungsarbeit wird erleichtert, wenn die beteiligten Menschen bereits Erfahrung damit gemacht haben, in Organisationen und Projekten mitzuwirken. In der Gemeinde existierende Traditionen von Zusammenarbeit sollten daher ein weiterer Ausgangspunkt von Aktivierungsarbeit sein (vgl. Ronnby 2009, 137; 145). Vereinigungen und Organisationen, in denen Bewohner organisiert sind, sollten entsprechend als wichtige Ressource für den Aktivierungsprozess wahrgenommen und wertgeschätzt werden. Als Beispiele für solche Organisationen benennen McKnight und Kretzmann örtliche Vereine und Gesellschaften, Zusammenschlüsse lokaler Gewerbetreibender und religiöse Organisationen. Eine besondere Bedeutung messen sie der Organisation örtlicher Kommunikation (z.B. durch lokale Zeitungen, lokales Fernsehen) sowie der Organisation kultureller Ereignisse zu (vgl. McKnight; Kretzmann 2005, 162f.). Für eine erfolgreiche Kooperation ist es nach Ronnby förderlich, wenn die Zusammenarbeit in der Gruppe folgenden Anforderungen gerecht wird (vgl. 2009, 137):

- die Gruppe ist fähig, Konflikte zu lösen
- jeder hat die Möglichkeit, Vorschläge zu machen
- das Erreichen von Konsens wird Mehrheitsentscheidungen vorgezogen
- die Arbeitslast wird so verteilt, dass sich jeder aktiv beteiligen kann
- die Gruppenmitglieder fühlen, dass sie gebraucht werden

Menschen werden zu kollektivem Handeln ermutigt, wenn sie über die Ressourcen verfügen, die zum Handeln erforderlich sind (vgl. ebd. 129). Aktivierungsarbeit muss daher auf den Ressourcen und Fähigkeiten, die in der Gemeinde vorhanden sind, aufbauen (vgl. ebd. 136). Es gilt, die Vielfalt der Kompetenzen der Gemeindemitglieder zu nutzen (vgl. ebd. 145). Von Vorteil ist es, eine breite Palette von gleichzeitig stattfindenden und koordinierten Aktivitäten ins Leben zu rufen, damit möglichst viele Menschen mit ihren Interessen und Fähigkeiten einbezogen werden können. Durch diese Strategie werden Projekte und auf lange Sicht auch die Gemeinde weniger störungsanfällig (vgl. ebd. 140). Hier zeigt sich erneut die Relevanz der „Wertschätzung des Lokalen“ für die Aktivierung von Menschen.

Eine besondere Ressource für den Aktivierungsprozess sind „leading-lights“, die als treibende Kraft fungieren. „Leading lights“ sind Menschen, welche die Initiative übernehmen, die fähig sind, die Gedanken anderer zu formulieren, Zuversicht in der örtli-

chen Bevölkerung wecken, organisatorische und strategische Fähigkeiten haben und andere zum Handeln und zur Zusammenarbeit motivieren können (vgl. ebd. 136).

Neben den Ressourcen der Gemeinde haben auch externe Ressourcen Einfluss auf den Erfolg von Projekten. So zeigen die Erfahrungen aus Skandinavien, dass erfolgreiche Projekte häufig Unterstützung und Ressourcen durch den öffentlichen Sektor und Anregung durch externe Experten (z.B. Gemeinwesenarbeiter) erhalten haben (vgl. ebd. 139).

Eine Methode, die im Rahmen der Aktivierung zu kollektivem Handeln angewendet werden kann, ist „appreciative inquiry“ (AI). Sie dient der Identifikation von Motivationen und treibenden Kräften, von Fähigkeiten und Ressourcen sowie von Entwicklungsmöglichkeiten und Handlungsalternativen für die Zukunft (vgl. Mast 2006, 21). Diese Methode unterstützt die Wahrnehmung gemeinsamer Bedürfnisse, leistet einen Beitrag zur „Wertschätzung des Lokalen“ und kann helfen, Menschen ihre eigenen Möglichkeiten bewusst zu machen und sie zu ermutigen, Visionen für die Zukunft zu entwerfen.¹¹

2.4 Beteiligung

Partizipatorische Demokratie und die Beteiligung aller an Gemeindeaktivitäten sind wichtige Ideale von „community development“ (vgl. Ife; Tesoriero 2006, 272). Ife und Tesoriero betonen, dass Beteiligung ein „*end in itself*“ ist und nicht nur als ein Mittel verstanden werden darf. Während bei der Beteiligung als Mittel die Erreichung bestimmter Ziele und nicht die Beteiligung selbst im Mittelpunkt steht, liegt der Fokus von Beteiligung als Ziel darauf, die Beteiligungsfähigkeit von Menschen zu fördern (vgl. ebd. 150). Da Beteiligung ein zentrales Ziel von „community development“ ist, schenken Ife und Tesoriero der Frage, in welcher unterschiedlicher Weise Beteiligung verstanden und für welche unterschiedlichen Zwecke sie genutzt bzw. ausgenutzt werden kann, besondere Aufmerksamkeit. Der Begriff Beteiligung hat eine Vielzahl von Bedeutungen. Für Ife und Tesoriero steht dabei die Beteiligung von Bürgern an Entscheidungsprozessen im Vordergrund. Beteiligung dient nach ihrer Ansicht der Verwirklichung des Rechtes auf Teilhabe an der Demokratie (vgl. 2006, 150f.). Beteiligung soll dazu beitragen, dass Menschen ihre Rolle als Bürger ausfüllen können (vgl. ebd. 70). Auch Økland und Henriksbø bringen mit der Bürgerrolle das Recht in Verbindung, an demokratischen Prozessen auf örtlicher Ebene sowie auf Ebene der Gesellschaft mitzuwirken (vgl. 2009, 149f.). Fraglich ist, was dieses Recht auf Mitwirkung umfasst. Die

¹¹ Eine ausführliche Erläuterung der Methode AI kann im Rahmen dieser Arbeit nicht geleistet werden. In **Anlage 4** wird eine kurze Zusammenfassung zu AI abgedruckt, die einer Veröffentlichung der schwedischen Entwicklungshilfeorganisation Sida Civil Society Center entnommen wurde.

Antwort auf diese Frage kann unterschiedlich ausfallen, je nachdem welches Demokratieverständnis und welches Verständnis von Beteiligung zu Grunde gelegt werden.

„*Democracy basically means rule of the people*“ (Ife; Tesoriero 2006, 146). Diese Herrschaft des Volkes kann auf unterschiedliche Art und Weise umgesetzt werden. Hierbei werden zwei grundsätzliche Modelle unterschieden: Partizipatorische Demokratie und Repräsentative Demokratie. Das erste Modell ist dadurch gekennzeichnet, dass das Volk direkt an Entscheidungsprozessen beteiligt ist. Hingegen wählt das Volk im zweiten Modell Vertreter, die damit betraut sind, Entscheidungen im Interesse des Volkes zu treffen. Ife und Tesoriero räumen ein, dass selbst in kleinen und einfachen Gesellschaften die Beteiligung aller Menschen an allen Entscheidungen unmöglich ist und dass Repräsentative Demokratie eine unumgängliche Konsequenz großer, komplexer Gesellschaften, wie der modernen westlichen Gesellschaften, ist. Als problematisch betrachten die Autoren jedoch, dass infolgedessen Repräsentative Demokratie als normale Form der Demokratie akzeptiert wird und auch auf lokaler Ebene vorherrschend ist, obwohl hier Partizipatorische Modelle realisierbar sein könnten. Als entscheidende Nachteile der Repräsentativen Demokratie benennen Ife und Tesoriero die Übertragung von Macht an Eliten¹² und die damit verbundene Entmachtung des Volkes, in dessen Interesse Demokratie wirken soll. Die effektive Macht des einzelnen Bürgers sei stark geschwächt und oft auf die symbolische Geste des Wählens beschränkt. Auf diese Art und Weise würde das angeblich demokratische System zu einem Rezept für Disempowerment (vgl. ebd. 146f.).

In der Idee der Deliberativen Demokratie sehen Ife und Tesoriero eine Möglichkeit, Partizipatorische Demokratie zu stärken. Während die Teilhabe an Entscheidungsprozessen nach dem vorherrschenden Demokratieverständnis vorwiegend darin besteht, dass Bürger auf die Entscheidungen von Regierungen reagieren dürfen, fordern Vertreter der Deliberativen Demokratie, dass Bürger von Anfang an in den Prozess der Entscheidungsfindung einbezogen werden. Deliberative Demokratie versucht Mechanismen zu etablieren, die eine Beteiligung von Bürgern am deliberativen Prozess (Beratungsprozess) ermöglichen. Für die lokale Ebene bedeutet dies, dass die örtliche Regierung den Dialog mit der Gemeinde suchen muss, bevor sie einen Plan entwickelt. Damit besteht die Rolle der Bürger nicht mehr nur darin, auf einen Vorschlag, der bereits entwickelt worden ist, zu reagieren oder zwischen mehreren vorgegebenen Alternativen zu wählen, sondern darin, an der Erarbeitung von Plänen und Vorschlägen aktiv mitzuwirken.

¹² Zum Begriff „Eliten“ vgl. Fußnote 8.

ken. Eine solche Vorgehensweise setzt voraus, dass die Regierung die Position des Experten nicht für sich allein beansprucht, sondern dass sie bereit ist, sich auf lokale Expertise zu stützen (vgl. ebd. 149). Hier zeigt sich die Übereinstimmung Deliberativer Demokratie mit dem von Ife und Tesoriero beschriebenen Prinzip „Valuing the local“. Mit dem Recht auf Beteiligung geht nach Ife und Tesoriero die Verpflichtung einher, gut über die relevanten Angelegenheiten aufgeklärt zu sein. Wenn Menschen an Entscheidungsprozessen teilhaben sollen, kann nur von ihnen erwartet werden, dass sie das erfolgreich tun, wenn sie gut über das anstehende Problem und die wahrscheinlichen Konsequenzen bestimmter Entscheidungen informiert sind. Entsprechend müssen Programme, die Deliberative Demokratie umsetzen wollen, immer auch Bildung umfassen. Es ist erforderlich, den Menschen das Wissen und die Ressourcen, die notwendig sind, um sich mit einem Problem zu befassen, zur Verfügung zu stellen (vgl. ebd. 148f.). Für die Förderung von Beteiligung spielen also auch „knowledge-sharing“ und „skill-sharing“ eine Rolle.

Sich zu beteiligen, widerspricht der Sozialisation vieler Menschen. Die Sozialisation in passive Nutzerrollen zu überwinden, ist eine große Herausforderung für „community development“ (vgl. ebd. 155). Für die Beantwortung der Frage, wie Menschen dazu aktiviert werden können, sich an Entscheidungsprozessen zu beteiligen, bieten die allgemeinen Überlegungen zu Aktivierung, die im vorigen Kapitel erörtert wurden, wichtige Anhaltspunkte. Die Überzeugung, mit dem eigenen Handeln etwas verändern zu können, ist eine wesentliche Bedingung dafür, dass Menschen aktiv werden. Dies gilt auch für die Beteiligung an Entscheidungsprozessen. Wenn Menschen darauf hoffen können, dass ihre Beteiligung zu einer Veränderung beitragen kann, ist es wahrscheinlicher, dass sie bereit sind, sich zu beteiligen. Damit Menschen eine für sich relevante Veränderung erreichen können, muss es ihnen ermöglicht werden, Einfluss auf Entscheidungen zu nehmen, die ihre Lebensbedingungen betreffen und an der Umsetzung von Entscheidungen aktiv mitzuwirken.

Ob sich die Mitglieder einer Gemeinde beteiligen, hängt also unter anderem davon ab, inwieweit den Mitgliedern der Gemeinde das Recht auf Beteiligung gewährt wird. Ife und Tesoriero unterscheiden im Hinblick auf die von den für Entscheidungen zuständigen Institutionen eingeräumten Beteiligungsmöglichkeiten zwischen „genuine participation“ (echte Beteiligung) und „token participation“ (Scheinbeteiligung) (vgl. ebd. 148). Viele vermeintliche Versuche, Gemeindebeteiligung zu unterstützen, kommen variierenden Graden von „tokenism“ gleich. In diesen Fällen werden Gemeindemitglieder

zwar konsultiert oder über Entscheidungen informiert, sie haben aber kaum oder gar keine Macht, die Entscheidung zu beeinflussen (vgl. ebd. 155). Die Unterscheidung zwischen echter Beteiligung und Scheinbeteiligung ist ein Grundgedanke der von Arnstein entwickelten „ladder of citizen participation“. Dieses Stufenmodell verdeutlicht die umstrittene Natur des Beteiligungsbegriffes. Das Modell veranschaulicht, dass das, was als Beteiligung bezeichnet wird, mit unterschiedlichen Graden von Bürgerkontrolle verbunden ist. Dabei reicht das Spektrum von Manipulation durch Machtinhaber bis zur Kontrolle der Bürger über Entscheidungen, die ihr Leben betreffen. Eine ähnliche Typologie wurde vom UK Health for All Network vorgelegt. In dieser wird das Verhältnis zwischen Organisationen und der Gemeinde aufgegriffen (vgl. ebd. 151). Die Beschreibung der einzelnen Stufen von Beteiligung verdeutlicht die Rolle, welche Gemeindegliedern im Entscheidungsprozess zugestanden wird.¹³

Scheinbeteiligung wirkt sich negativ auf die Beteiligungsbereitschaft aus. Viele Beteiligungsprogramme von Regierungen bringen Menschen davon ab, sich zu beteiligen, da sie keinen Sinn darin sehen, sich an unnützen Konsultationen zu beteiligen oder Entscheidungen mit geringer Bedeutung zu treffen (vgl. ebd. 148f.). Erfahrungen mit Scheinbeteiligung schmälern die Zuversicht mit Beteiligung etwas ändern zu können und sind daher ein massives Hindernis für die Aktivierung zu Beteiligung. Jeder ernst gemeinte Versuch, Gemeindebeteiligung zu fördern, muss deutlich machen, dass er tatsächlich echte Möglichkeiten zur sinnvollen Beteiligung bietet (vgl. ebd. 155).

Für die Unterstützung von Beteiligung spielen neben der Gewährung echter Beteiligungsmöglichkeiten weitere Faktoren eine Rolle (vgl. ebd. 157f.):

1. Menschen beteiligen sich, wenn das Problem oder die Aktivität für sie wichtig ist.
2. Menschen müssen spüren, dass ihre Aktion einen Unterschied macht.
3. Verschiedene Formen der Beteiligung müssen anerkannt und geschätzt werden.
4. Menschen muss ermöglicht werden, sich zu beteiligen.
5. Strukturen und Prozesse dürfen nicht befremdlich sein.

Damit die erste Bedingung erfüllt werden kann, ist es am effektivsten, wenn die Menschen selbst über das Problem oder die geplante Aktion bestimmen können. In diesem Zusammenhang spielt das im vorigen Kapitel erläuterte gefühlte Bedürfnis als Ausgangspunkt von Aktivierung eine große Rolle. Die zweite Bedingung entspricht der von Ronnby beschriebenen Hoffnung auf Veränderung durch gemeinsames Handeln. In Bezug auf die dritte Bedingung weisen Ife und Tesoriero darauf hin, dass die Menschen

¹³ Da die beiden Modelle starke Ähnlichkeit aufweisen, werden sie in **Anlage 5** zusammen abgebildet.

spüren müssen, dass auch ihr individuelles Handeln einen Unterschied macht und dass sie einen wichtigen Beitrag zum Gelingen des gemeinsamen Vorhabens leisten können. Hier beziehen die Autoren auch andere Formen der Beteiligung (z.B. Buchführung, Kinderbetreuung, Kochen, künstlerische Tätigkeiten ...) ein, die über die Beteiligung an Entscheidungsprozessen durch Mitwirkung in Ausschüssen, bei Versammlungen oder anderen traditionellen Prozeduren hinausgehen. Beteiligung soll für jeden in der Gemeinde mit seinen individuellen Fähigkeiten und Interessen möglich sein (vgl. ebd.). Die vierte Bedingung macht deutlich, dass auch praktische Hindernisse von Beteiligung bedacht werden und möglichst ausgeräumt werden müssen. Zu prüfen sind beispielsweise die Verfügbarkeit von Beförderung und Kinderbetreuung sowie Zeiten und Orte von Aktivitäten. Mit der letzten Bedingung wird auf ein weiteres Hindernis verwiesen: die Befremdlichkeit von traditionellen Versammlungsprozeduren und Entscheidungsverfahren. Insbesondere für Menschen, die andere nicht unterbrechen wollen, die nicht selbstsicher genug sind oder sich sprachlich nicht gut ausdrücken können, ist es schwer, sich hier einzubringen. Es gilt, alternative Wege zu finden, wie Entscheidungsprozesse und Versammlungen organisiert werden können (vgl. ebd. 158).

Da Beteiligung eine elementare Zielstellung von „community development“ ist, fordern Ife und Tesoriero, dass während des Gemeinwesenarbeitsprozesses stets reflektiert werden sollte, wie sich die Beteiligung an Gemeindeaktivitäten auf Menschen auswirkt. Beteiligung sollte nach Ansicht der Autoren zu größerer Selbstachtung, dem Gefühl, Kontrolle über seine Umwelt zu haben und zu einer Verbesserung der Fähigkeit, Entscheidungen zu beeinflussen, beitragen (vgl. ebd. 158). Sie empfehlen regelmäßig zu hinterfragen, ob Menschen an Entscheidungen über relevante Probleme, über Strategien und an tagtäglich zu treffenden Entscheidungen beteiligt sind, ob ihre Entscheidungen umgesetzt werden und ob die Menschen Ergebnisse und Auswirkungen ihrer umgesetzten Entscheidungen sehen (vgl. ebd. 160).

Beteiligung an Entscheidungsprozessen aber auch die Beteiligung an verschiedensten Tätigkeiten, die der Unterstützung des Beteiligungsprozesses oder der Umsetzung von Entscheidungen dienen, sind wichtige Beiträge zum kollektiven Handeln einer Gemeinde. Das Erreichen von Veränderung durch dieses gemeinsame Handeln ist wesentlich für die Umsetzung von „Veränderung von unten“. Der Zusammenhang von Beteiligung und „Veränderung von unten“ wird durch Ife und Tesoriero treffend formuliert: „*Change from below is at the heart of community development, and participation brings to life this notion.*“ (ebd. 169).

Teil B - Nationale Perspektive

1 Gemeinwesenarbeit in Deutschland

1.1 Vorbemerkung zur Literaturlage

Aktuell gibt es in Deutschland kaum Veröffentlichungen, die sich ausschließlich dem Thema Gemeinwesenarbeit (GWA) widmen. Texte, die sich mit GWA auseinandersetzen, sind im Wesentlichen einzelne Beiträge in Herausgeberbänden oder in Zeitschriften. Nur wenige der Sammelbände beziehen sich im Titel direkt auf Gemeinwesenarbeit.¹⁴ Häufiger wird GWA in Publikationen zu den Themen Quartiermanagement, Stadtentwicklung, Sozialraum, Bürgerbeteiligung und Lokale Ökonomie oder in Handbüchern der Sozialen Arbeit aufgegriffen. Zudem wird in letzter Zeit das Medium Internet genutzt, um Beiträge zur GWA zu veröffentlichen.¹⁵

Diese unübersichtliche Literaturlage ist Ausdruck dafür, dass sich GWA in Deutschland bisher nicht etablieren konnte. Es gibt nur wenige Autoren, die sich mit GWA befassen und GWA in der Praxis umsetzen. Auf ein GWA-Konzept, das so umfassend entwickelt ist, wie das Community Development Konzept Ife und Tesorieros, kann für die Erarbeitung der nationalen Perspektive nicht zurückgegriffen werden. Aufgrund der Literaturlage müssen Überlegungen zu Veränderung von unten, Aktivierung und Beteiligung aus vielen Einzeltexten zusammengetragen werden. Dabei wird aufgrund des begrenzten Umfangs dieser Arbeit nur ein kleiner Ausschnitt des deutschen Fachdiskurses aufgegriffen. Zum Vergleich mit der internationalen Perspektive werden die Ansichten Dieter Oelschlägels und Wolfgang Hintes herangezogen, da diese Autoren sich seit den 70er Jahren bis heute mit GWA auseinandersetzen. Weitere Autoren können nur am Rande erwähnt werden.

1.2 Begriffliche Unklarheiten und die ungesicherte Position von Gemeinwesenarbeit

Soziale Arbeit in Deutschland ist dominiert von der Einzelfallhilfe und zahlreichen zielgruppen- und bereichsspezifischen Ansätzen. Sozialraumorientierte Ansätze, zu denen auch Gemeinwesenarbeit gehört, haben hingegen nur eine geringe Bedeutung in der Praxis Sozialer Arbeit. Hinte benennt verschiedene Grundprobleme, die zur geringen Verbreitung von GWA und verwandten Konzepten beitragen. Es gäbe keine organisier-

¹⁴ Als Beispiele für Veröffentlichungen seit 2000 sind zu nennen: Gillich (Hrsg.) (2002): Gemeinwesenarbeit: Eine Chance der Sozialen Stadtentwicklung...; Gillich (Hrsg.) (2004): Gemeinwesenarbeit: Die Saat geht auf...; Odierna; Berendt (Hrsg.) (2004): Gemeinwesenarbeit. Entwicklungslinien und Handlungsfelder...; Gillich (Hrsg.) (2007): Nachbarschaften und Stadtteile im Umbruch. Kreative Antworten der Gemeinwesenarbeit auf aktuelle Herausforderungen...; Hinte; Lüttringhaus; Oelschlägel (2007): Grundlagen und Standards der Gemeinwesenarbeit...

¹⁵ Viele Beiträge findet man unter www.stadtteilarbeit.de und www.quarternet.de.

te fachliche „Schule“, in der die Praxiserfahrungen und Theories Diskussionen bezogen auf GWA, stadtteilbezogene Soziale Arbeit und sozialraumorientierte Ansätze gebündelt sind. Die systematische Aufbereitung der Konzepte und Theorien der GWA sei unzureichend. Mit Ausnahme des ISSAB¹⁶ in Essen gäbe es keine langjährig bestehende Ausbildungsinstanz für GWA im Hochschulbereich und somit auch keine quantitativ und qualitativ ins Gewicht fallende Gruppe gut ausgebildeter Gemeinwesenarbeiter. Ebenso fehle eine einflussreiche berufsständische Organisation (vgl. Hinte 2004b, 8). GWA habe sich aufgrund unscharfer Begrifflichkeiten, schlecht dokumentierter Fachdiskussionen und äußerst heterogener Praxis zu einer beliebig verwendbaren Worthülse entwickelt. Gemeinwesenarbeiterische Konzeptbestandteile hätten zwar in die Fachdiskussion Sozialer Arbeit und das bürokratische Handeln der Fachkräfte Eingang gefunden, wären aber durch inflationären Gebrauch, sprachliche Verformung, Umdefinition des Bedeutungsgehaltes oder kontextuelle Überformung ihrer Brisanz beraubt worden. In diesem Zusammenhang kritisiert Hinte die Nutzung von GWA als Methode für spezielle Bereiche, wie z.B. GWA als Drogenprävention oder GWA gegen Rassismus. Eine solche Funktionalisierung für ein einzelnes Segment würde das breit angelegte Konzept GWA schädigen (vgl. ebd. 7). Auch Lüttringhaus setzt sich mit der Ambivalenz des Einzugs der Grundaussagen von GWA in unterschiedlichsten Arbeitsfeldern auseinander. Einerseits sieht sie darin eine erfreuliche Trendwende. Andererseits weist sie darauf hin, dass die Grundaussagen der GWA häufig unter anderen Bezeichnungen eingeführt werden und kein direkter Bezug zur Tradition der GWA hergestellt wird. Gedanken der GWA fänden sich, ohne dass der Bezug zur GWA verdeutlicht wird, zum Beispiel im Lebensweltkonzept von Thiersch, in der Diskussion zum Empowerment, in Quartiermanagementkonzepten aus dem Bereich Raumplanung und Stadtentwicklung und bei verschiedenen Vertretern der Sozialraumorientierung (vgl. Lüttringhaus 2004, 16ff.). Hinte selbst hat aber auch nicht am Begriff GWA festgehalten, sondern ihn aufgrund pragmatischer Überlegungen beginnend in den 80er Jahren durch neue Etiketten (Stadtteilbezogene Soziale Arbeit, Stadtteilorientierung, Sozialraumorientierung) ersetzt.¹⁷

¹⁶ Institut für Stadtteilentwicklung, Sozialraumorientierte Arbeit und Beratung (ehemals Institut für Stadtteilbezogene Soziale Arbeit und Beratung) der Universität Duisburg-Essen. Mehr Informationen zum Institut unter: <http://www.uni-due.de/biwi/issab/>.

¹⁷ Nachdem zunächst Oelschlägel in den 80er Jahren versucht hatte, mit dem „Arbeitsprinzip GWA“ wichtige theoretische und methodische Aussagen der GWA zu bündeln und als konzeptionelle Grundlage für eine fortschrittliche Soziale Arbeit in allen denkbaren Berufsfeldern (auch außerhalb des Arbeitsfeldes GWA) zu etablieren, unternahm auch Hinte mit dem ISSAB einen solchen Versuch. Er benutzte hierfür aber bewusst einen anderen Begriff (Stadtteilbezogene Soziale Arbeit), in der Hoffnung, dass sein Konzept so anschlussfähiger an den Mainstream der Sozialen Arbeit sein würde (vgl. Hinte 2007d, 8). Zu den Gründen für den Wechsel des Etiketts siehe auch Hinte 2007a, 140f.

Obwohl er seine Konzepte stets als wesentlich durch gemeinwesenarbeitsches Gedankengut gespeist gekennzeichnet hat, hat Hinte aus meiner Sicht durch die Nutzung anderer Begriffe mit dazu beigetragen, dass es einerseits zu einem beliebigen Gebrauch des Begriffes GWA kommen konnte und andererseits dort, wo gemeinwesenarbeitsches Gedankengut in anderen Zusammenhängen auftaucht, der Bezug zur GWA nicht immer deutlich wird. Zur Herstellung begrifflicher Klarheit schlägt Hinte nunmehr folgendes vor: „GWA ist heute (im Jahr 2007) ein Arbeitsfeld sozialer Arbeit und gleichzeitig liegt ... das heutige Fachkonzept Sozialraumorientierung vor.“ (Hinte 2007d, 11). Im Arbeitsfeld GWA gehe es um die Organisation von projekt- und themenunspezifischen Prozessen in Wohnquartieren mit dem Ziel der Grundmobilisierung eines Wohnquartiers. Obwohl GWA häufig im Rahmen von Quartiermanagement stattfindet, weist Hinte ausdrücklich darauf hin, dass GWA nicht mit Quartiermanagement gleichzusetzen ist, da es lediglich ein Arbeitsfeld innerhalb dieses komplexen Konzeptes zur Gestaltung von Wohnquartieren ist. Das Fachkonzept Sozialraumorientierung ähnelt dem von Oelschlägel entwickelten „Arbeitsprinzip GWA“¹⁸, da es in jedem Arbeitsfeld Sozialer Arbeit realisiert werden kann. Es ist derzeit insbesondere in der Fallarbeit, der offenen Jugendarbeit, den Hilfen zur Erziehung und dem Quartiermanagement von Bedeutung (vgl. ebd. 11).

In einem Interview von 1997 haben Hinte, Oelschlägel und Lüttringhaus darüber reflektiert, ob die Verwendung unterschiedlicher Etiketten sinnvoll ist und welche negativen Folgen sie haben könnte. Hinte schlägt vor, nicht über Begriffe zu streiten, sondern Qualitätsstandards für sozialraumbezogene Projekte zu benennen. Daran schließt sich die Überlegung der drei Autoren an, dass man für die durch die Standards abgesicherte im Wesentlichen identische Arbeit, verschiedene Etiketten benutzen könne, je nachdem, wen man überzeugen will. Sie plädieren also für eine strategische Nutzung unterschiedlicher Begriffe. Allerdings sehen sie auch Gefahren einer solchen Taktik: einerseits die Verwirrung der Fachwelt und andererseits die Möglichkeit, dass, sofern Gemeinwesenarbeit als Begriff nicht mehr genutzt wird, die originären Inhalte wieder verloren gehen könnten. (vgl. Hinte et.al. 2007, 37ff.)

In einem Aufsatz von 2004 verweist Oelschlägel auf eine eben solche Entwicklung. Er sieht in den aktuellen Debatten zur Sozialraumorientierung und zum Quartiermanagement und deren praktischer Umsetzung eine Tendenz der Enteignung der GWA. Allein

¹⁸ Oelschlägel hat bis heute am Begriff „Arbeitsprinzip GWA“ festgehalten. Er versteht darunter eine „grundsätzliche Herangehensweise an soziale Probleme unter sozialräumlichen, aktivierenden, methodenintegrativen und vernetzten Merkmalen.“ (Oelschlägel 2006, o.S.).

die sozialräumliche Perspektive reiche nicht aus, um eine Gleichsetzung mit GWA zu rechtfertigen. Es müssten weitere Kriterien, die für GWA unabdingbar sind, hinzukommen: die Orientierung an den Bedürfnissen und Perspektiven der Menschen und deren Aktivierung. Aktuell diskutierte und praktizierte Ansätze von Sozialraumorientierung ließen eher das Bemühen um eine Verwaltungsmodernisierung erkennen. Dies zeige sich am Beispiel der Jugendhilfe, wo der Sozialraum hauptsächlich Bezugsgröße für raumbezogene Organisationsformen und Budgetierungen sei. Die Aktivierung des sozialen Umfeldes diene vordergründig einer kostengünstigeren Hilfestellung. Oelschlägel sieht hier einen Missbrauch des Fachprinzips GWA als Finanzierungsinstrument. GWA würde so ihres politischen und fachlichen Kerns beraubt (vgl. Oelschlägel 2004, 13). In Abgrenzung zu Hinte sieht Oelschlägel auch im Quartiermanagement eine Enttönung und Verwässerung der Prinzipien von GWA (vgl. ebd. 15). Unter anderem kritisiert er Folgendes: Quartiermanagement sei eine Strategie unter der Regie der Städte und damit immer eine top-down Strategie. Viele Entscheidungen würden in Politik und Verwaltung gefällt. Nachhaltige Beteiligungsstrukturen würden häufig nicht existieren. Trotz aller Kritikpunkte hält Oelschlägel es für notwendig, das Quartiermanagement zu nutzen, um mit den Bewohnern wenigstens einige Verbesserungen ihrer Lebenslage und ihrer Handlungsspielräume erreichen zu können (vgl. Oelschlägel 2004, 14; 2010, 5f.). Hinte betont, dass es sich beim Quartiermanagement um eine konsequente Fortführung des „Arbeitsprinzips GWA“ handelt. (vgl. Hinte 2001, o.S.) Auch Sozialraumorientierung ist für ihn keine neue Theorie, sondern eine Weiterentwicklung verschiedener theoretischer und methodischer Blickrichtungen, insbesondere der GWA und der Erziehungskritik (vgl. Hinte 2007d, 9). In diesen Aussagen bezieht er sich jedoch nur auf die von ihm mitentwickelten Konzepte. Hingegen grenzt er sich von vielen praktizierten Formen des Quartiermanagements sowie einer Reduzierung von Sozialraumorientierung auf Sozialraumbudgets in der Jugendhilfe ab (vgl. Hinte 2001, o.S.; 2004b, 8).

Anhand der oben aufgezeigten Diskussion wird deutlich, dass ein eigenständiger und selbstbewusster Fachdiskurs zur GWA in Deutschland kaum stattfindet. Vielmehr wird die Diskussion um GWA häufig in Bezug auf oder in Abgrenzung zu anderen sozialräumlichen Konzepten geführt. Hierbei steht insbesondere das Quartiermanagement im Mittelpunkt, das von Vertretern der GWA als eine Möglichkeit genutzt wird, GWA zu betreiben, aber gleichzeitig oft als unzulänglich für die Verwirklichung von GWA-Prinzipien wahrgenommen wird.

2 Gemeinwesenarbeit aus der Perspektive Oelschlägels

2.1 Oelschlägels Begriffsverständnis

Folgende Definition wird von Oelschlägel in seinen Veröffentlichungen immer wieder benutzt: *„Gemeinwesenarbeit ist eine sozialräumliche Strategie, die sich ganzheitlich auf den Stadtteil und nicht pädagogisch auf einzelne Individuen richtet. Sie arbeitet mit den Ressourcen des Stadtteils und seiner BewohnerInnen, um seine Defizite aufzuheben. Damit verändert sie allerdings auch die Lebensverhältnisse und Handlungsspielräume der BewohnerInnen.“* (Oelschlägel 2004, 11).¹⁹ Die aktuellste Version dieser Definition ist geringfügig erweitert. Neben dem Stadtteil werden alternativ die Sozialräume Straße, Nachbarschaft und Quartier genannt. Auch erfolgt eine Konkretisierung der letzten Aussage: *„Es geht ihr [der GWA] darum, deren Handlungsmöglichkeiten [die der Bewohner] zu erweitern und sie zur Selbstorganisation zu befähigen.“* (Oelschlägel 2010, 1).

Oelschlägel unterscheidet zwei Erscheinungsformen von GWA: GWA als Arbeitsfeld/Handlungsfeld und GWA als Arbeitsprinzip. Dem Arbeitsfeld GWA ordnet Oelschlägel die klassischen GWA-Projekte in sozialen Brennpunkten zu. Kennzeichnend für solche Projekte ist, dass sie von eigens zu diesem Zweck eingerichteten Institutionen und eingestellten Personen durchgeführt werden. GWA als Arbeitsprinzip bezeichnet ein Denken und Handeln entsprechend der obigen Definition und weiteren Grundelementen der GWA, das in allen Bereichen der Sozialen Arbeit und darüber hinaus handlungsleitend sein kann (vgl. Oelschlägel 2004, 11; 2006, o.S.).²⁰

Der Definition ist zu entnehmen, dass Oelschlägel GWA von der Einzelfallhilfe abgrenzt. An anderer Stelle drückt er dies so aus: *„Gemeinwesenarbeit (GWA) ist dagegen [gegenüber Casemanagement] eine fallunspezifische Arbeit. Sie richtet sich auf den sozialen Raum ..., ohne schon darauf orientiert zu sein, dessen Ressourcen für einen bestimmten Fall abzurufen, sondern sie aktiviert sie für viele (oft gleichgelagerte) Fälle.“* (Oelschlägel 2002a, o.S.). Der Bezug auf einen bestimmten Sozialraum lässt vermuten, dass GWA sich im Wesentlichen an geographische Gemeinden richtet. Hier zeigt sich eine Parallele zur Auffassung Ife und Tesorieros, welche die Arbeit mit geographischen Gemeinden als Schwerpunkt von „community development“ verstehen (vgl. Teil A - Kapitel 1.1). Die sozialräumliche Orientierung von GWA begründet

¹⁹ Im Rahmen der mir zur Verfügung stehenden Texte Oelschlägels erfolgte die erstmalige Verwendung dieser Definition (noch ohne Erwähnung der Veränderung der Handlungsspielräume) in einem Referat im Oktober 1997 (vgl. Oelschlägel 2007b, 211; ebenso im April 1998: vgl. 2007c, 206 und 2007d, 111). Fast identische Versionen des obigen Zitates findet sich in Oelschlägel 2002a, o.S.; 2006, o.S.; 2007b, 30.

²⁰ Diese Unterscheidung ist vergleichbar mit Twelvetrees' Unterscheidung zwischen „community work in its own right und community work as an attitude“ (vgl. Teil A - Kap. 1.2).

Oelschlägel damit, dass soziale Probleme einen Raumbezug haben. Hierunter versteht er den Zusammenhang zwischen Räumen und der Entstehung, der Verteilung, den Bewältigungsmöglichkeiten und den Möglichkeiten der Politisierung sozialer Probleme.²¹ Dies verweist auf den Einfluss, den Sozialräume auf die Handlungsspielräume der Menschen haben. Entsprechend sieht Oelschlägel eine sozialräumliche Orientierung als unverzichtbar für die Erweiterung der Handlungsfähigkeit der Menschen an (vgl. Oelschlägel 2002a, o.S.; identisch 2004, 13).

GWA dient nach Oelschlägels Definition dazu, die Defizite eines Sozialraums aufzuheben, Lebensverhältnisse und Handlungsspielräume der Bewohner zu verändern und Bewohner zur Selbstorganisation zu befähigen. Gemeinwesenarbeitsische Interventionen zielen also sowohl auf materielle als auch auf immaterielle Veränderungen innerhalb von Sozialräumen. Dass Veränderungen durch Bewohner selbst herbeigeführt werden sollen, kommt in der Definition nicht deutlich zum Ausdruck. Die Formulierung „Damit verändert sie [die GWA]“ betont vielmehr den Einfluss der Professionellen auf das Erreichen von Veränderung. Das steht im Kontrast zu den Idealen von „Veränderung von unten“ (vgl. Teil A - Kapitel 2.1). Tatsächlich vertritt Oelschlägel aber nicht eine solch dominierende Rolle des Gemeinwesenarbeiters. Aktivierung und Beteiligung sieht er als wesentliche Elemente von GWA an (vgl. Teil B - Kapitel 2.2). Er hat diese Grundprinzipien aber nicht in die Definition aufgenommen. Der Aspekt der Eigentätigkeit der Menschen wird nur durch das Ziel der Befähigung zur Selbstorganisation angedeutet. Dafür wird die Nutzung der Ressourcen des Stadtteils und seiner Bewohner als wesentliches Merkmal von GWA benannt. Somit enthält die Definition eine Übereinstimmung mit dem Prinzip „Valuing local resources“ (vgl. Teil A - Kapitel 2.2).

Neben der Definition geben auch folgende durch Oelschlägel benannte Grundelemente von GWA Auskunft über sein Verständnis von GWA (vgl. 2004, 11):

- GWA erkennt, erklärt und bearbeitet, soweit das möglich ist, soziale Probleme in ihrer raum-zeitlichen, historischen und gesellschaftlichen Dimension. Von Interesse für GWA sind Stadtteilanalysen, Stadtteilgeschichte und die Geschichte sozialer Probleme im regionalen Kontext.
- GWA integriert Methoden der Sozialen Arbeit (Beratung, Gruppenarbeit), der Sozialforschung (aktivierende Befragung, Sozialraumanalyse) und des politischen Handelns (Öffentlichkeitsarbeit, Bürgerversammlungen, Aktionen) (vgl. auch Oelschlägel 2006, o.S.).

²¹ Von Interesse ist der Raumbezug insbesondere für die Diskussion um Segregationsprozesse in Städten und die benachteiligenden Effekte von Quartieren, in denen eine räumliche Konzentration von Personen und Haushalten gegeben ist, die in ähnlicher Weise verarmt, diskriminiert und benachteiligt sind (vgl. Oelschlägel 2002b, o.S.; 2004, 12; 2006, o.S.; 2010, 4f.).

- Es gibt nicht die GWA, sondern viele verschiedene Möglichkeiten, GWA umzusetzen. Handlungsleitend ist dabei das Prinzip der „lokalen Richtigkeit“.
- GWA bezieht sich auf ein Gemeinwesen (den Ort an dem Menschen samt ihren Problemen aufzufinden sind).
- GWA fragt danach, wie Menschen ihre Lebensverhältnisse sehen. Entsprechend greift GWA nicht nur von außen definierte Probleme auf, sondern befasst sich mit allen Problemen, die von den Menschen selbst für wichtig gehalten werden.
- GWA sucht nach gemeinsamen Problemen der Menschen.
- GWA möchte die Lebenswelt so verändern, dass Menschen dadurch handlungsfähiger werden. Gleichzeitig möchte sie Menschen handlungsfähiger machen, damit diese ihre Lebenswelt verändern können.
- GWA sieht ihren zentralen Aspekt in der Aktivierung der Menschen in ihrer Lebenswelt.²²

Diese Aufzählung enthält verschiedene Gesichtspunkte, die sich auch im internationalen Diskurs zu „community work“ wieder finden. Deutlich wird der Fokus auf das Lokale. Das Prinzip der „lokalen Richtigkeit“ deutet auf eine Übereinstimmung mit Ife und Tesoreros zentralem Grundgedanken „Valuing the local“ (vgl. Teil A - Kapitel 2.2) hin. Der Aufzählung Oelschlägels ist zu entnehmen, dass die Berücksichtigung lokaler Besonderheiten für die Analyse sozialer Probleme und die Methodenauswahl eine Rolle spielt. Für die Frage, ob GWA damit den Prinzipien von „Valuing the local“ gerecht wird, ist entscheidend, inwieweit die Analysen auf dem Wissen der Bewohner aufbauen und inwieweit örtliche Kultur, örtliche Prozesse und örtliche Ressourcen zum Ausgangspunkt für die Gestaltung des Gemeinwesenarbeitsprozesses gemacht werden. Der Rückgriff auf lokale Ressourcen wurde bereits in Oelschlägels Definition als wesentliches Merkmal von GWA gekennzeichnet. Auch der Einbezug lokalen Wissens wird als Grundelement von GWA benannt, zumindest im Hinblick auf die Problemsicht der Bewohner und deren Sicht auf ihre Lebensverhältnisse. Offen bleibt, ob die Bewohner auch über die Problemdefinition hinaus als Experten anerkannt werden. „Veränderung von unten“ verlangt neben der Bedürfnisdefinition durch die Bürger der Gemeinde auch, dass Veränderungsziele und mögliche Handlungsschritte durch die Gemeindemitglieder bestimmt werden und dass diese aktiv an der Verwirklichung der Ziele beteiligt sind (vgl. Teil A - Kapitel 2.1). Die Förderung des eigenständigen Handelns der Menschen wird durch Oelschlägel angesprochen in den Punkten Aktivierung und Förderung

²² Einige dieser Elemente hat Oelschlägel bereits 1985 formuliert (vgl. 2007a, 69f.). Eine identische Aufzählung (mit Ausnahme der Suche nach gemeinsamen Problemen) verwendet er in Vorträgen von 1997 und 1998 (vgl. Oelschlägel 2007b, 211f.; 2007d, 112).

der Handlungsfähigkeit. Was Oelschlägel damit konkret verbindet und inwieweit tatsächlich das Handeln der Gemeindemitglieder im Vordergrund steht, wird im folgenden Kapitel erörtert.

2.2 Aktivierung und Beteiligung

Oelschlägel betont, dass Aktivierung seit jeher ein zentraler Begriff der GWA ist. (vgl. 2006, o.S.) Entsprechend wird Aktivierung auch von Oelschlägel selbst durchgängig als zentrales Merkmal von GWA benannt.²³ Er verbindet mit diesem Begriff den Anspruch, dass Menschen zu *„Subjekten auch politisch aktiven Handelns und Lernens werden sollen und zunehmend Kontrolle über ihre Lebensverhältnisse gewinnen“* (Oelschlägel 2007b, 212). Dazu soll es ihnen ermöglicht werden, Kompetenzerfahrungen in gemeinsamen Aktionen der Problembearbeitung bis hin zum Widerstand zu machen (vgl. ebd.). Aktivierung umfasst also die Förderung gemeinschaftlichen Handelns, welches zentral für die Verwirklichung eines „bottom-up“ Ansatzes ist (vgl. Teil A - Kapitel 2.3). Die Benennung politischen Handelns lässt vermuten, dass der Beteiligung an Entscheidungsprozessen als spezieller Aktivitätsform besondere Bedeutung zugemessen wird. Eine solche Beteiligung ist auch ein wichtiges Ziel von „community development“ (vgl. Teil A - Kapitel 2.4). Das von Oelschlägel benannte Ziel der zunehmenden Kontrolle über Lebensverhältnisse verweist zudem auf den Empowerment-Gedanken (vgl. Teil A - Kapitel 2.1).

Oelschlägel zufolge kann GWA wesentliche Beiträge zur Erweiterung individueller und kollektiver Handlungsmöglichkeiten, zur aktiven Teilhabe am politischen und gesellschaftlichen Leben und zur Verbesserung der Lebensbedingungen in Stadtteilen leisten. GWA verfüge über ein umfangreiches Methodenrepertoire zur Förderung von Beteiligung, biete durch offene und niedrigschwellige Räume und Angebote Gelegenheitsstrukturen für Engagement und Beteiligung, knüpfe Netze (auch Netzwerke der Professionellen), auf die Menschen zurückgreifen können, wenn sie sich an der Gestaltung ihrer Lebenswelt und damit an politischen Entscheidungen beteiligen wollen, beschaffe notwendige Informationen aus dem politischen Raum und helfe dabei, die Probleme der Lebenswelt in den politischen Diskurs einzubringen (vgl. Oelschlägel 2007e, 35f.). Oelschlägel beleuchtet den möglichen Beitrag von GWA zum Gemeinwesenarbeitsprozess ausführlich, geht aber nicht auf die ebenso wesentlichen Aktivitäten der Gemeindemitglieder ein. Die Rolle als „Subjekt des Handelns“ wird also nicht speziell gewür-

²³ Quellen in zeitlicher Reihenfolge nach ursprünglicher Entstehung: Oelschlägel 2007a, 70; 2007b 212; 2007d 113; 2004, 11; 2006, o.S.; 2007e, 30.

digt. Es wird zwar an verschiedenen Stellen gefordert, dass GWA auf die Selbstorganisation von Bewohnern hinwirken soll. Diese Forderung bleibt aber abstrakt. Eine Reflexion zum Verhältnis von Aktivitäten und Angeboten der GWA zur Eigenaktivität der Bewohner erfolgt lediglich in Bezug auf die Rolle des Gemeinwesenarbeiters sowie in Bezug auf das Handlungsmerkmal „GWA als nützliche Dienstleistung“.

Nach Oelschlägel sollen Gemeinwesenarbeiter Anwalt und Organisator sein. Als Anwalt obliegt dem Gemeinwesenarbeiter die Aufgabe, sich öffentlich und aktiv in Probleme einzumischen und zusammen mit den Betroffenen Stellung zu beziehen. Er soll sich für die Menschen einsetzen, wo sie dies selbst nicht können, muss sich dabei aber vor Entmündigung hüten. Gleichzeitig soll er als Organisator den Prozess der Selbstorganisation begleiten und gemeinsames solidarisches Handeln von Bewohnern ermöglichen. Er muss also darauf bedacht sein, nichts für die Betroffenen zu erledigen, was diese selbst tun können (vgl. Oelschlägel 2010, 6). Dass sich das Verhältnis dieser beiden Rollen schnell zugunsten der Funktion als Anwalt oder gar als Dienstleister entwickeln kann, zeigt sich in Oelschlägels Auseinandersetzung mit „GWA als nützlicher Dienstleistung“.²⁴ In den 80er Jahren seien viele Projekte dem Druck der Betroffenen, die individuelle Hilfe einforderten, erlegen und hätten dieses Tätigkeitsmerkmal gegenüber anderen (Aktivierung, Einmischung) verabsolutiert. Da die starke Angebotsstruktur von GWA offensichtlich den Interessen der Wohnbevölkerung entsprach, hatten die GWA-Projekte die Legitimation, sich auf nützliche Dienstleistungen zu beschränken (vgl. Oelschlägel 2007e, 33). Oelschlägel erkennt also durchaus, dass die Umsetzung des Aktivierungsanspruches kein einfaches Unterfangen ist. Er gibt aber keine Hinweise, wie mit den oben genannten Schwierigkeiten in der Praxis umgegangen werden kann.

Nach Ansicht Oelschlägels bietet GWA ein *„Politikmodell ‚von unten‘, das nicht nur auf die Organisation von Gegenmacht ausgerichtet ist, sondern die Politikformen in unseren Städten auf die Weise durchdringt, dass die BewohnerInnen der Stadtteile nicht nur mehr gehört werden, sondern auch mehr und dauerhaft Entscheidungen im und für den Stadtteil treffen können.“* (2007e, 36). Bürger sollen also nicht nur an der Problemdefinition mitwirken, sondern durch die Teilnahme an Entscheidungsprozessen auch auf zukünftiges Handeln Einfluss nehmen können. Oelschlägel betont in der obigen Aussage, dass zur Erreichung von mehr Bürgerbeteiligung die Beeinflussung der institutionel-

²⁴ Zu diesen Dienstleistungen gehören materielle Ressourcen (Räume, billiges Mittagessen, Fahrten zu Ämtern), personelle Ressourcen (Beratung, Qualifizierung, anwaltliche Tätigkeit, Zuhören), Infrastruktur zur Aufnahme informeller Sozialbezüge, der Aufbau und die Erweiterung sozialer Netze und die Hilfe bei der Problemveröffentlichung (vgl. Oelschlägel 2007e, 33).

len Ebene notwendig ist. Wie GWA in der Arbeit mit Bewohnern zu mehr Beteiligung beitragen kann, wird in seinen Veröffentlichungen kaum betrachtet. Oelschlägel sieht die kommunale Politik in der Verantwortung, Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Aktivierung und Beteiligung stattfinden können. Entscheidend für den Erfolg von Aktivierung und Beteiligung sei es, inwieweit Politik und Verwaltung bereit sind, der Bevölkerung und den lokalen Akteuren²⁵ Entscheidungsbefugnisse einzuräumen (vgl. Oelschlägel 2006, o.S.). Eine solche Bereitschaft setzt veränderte Einstellungen und Haltungen gegenüber den Bürgern voraus. Dazu gehört die Überzeugung, dass Bürger ihre Angelegenheiten sehr weitgehend selbst regeln können und es Aufgabe der Kommune ist, sie dabei zu unterstützen. Eine dem Menschen etwas zutrauende Grundhaltung ist unerlässlich (vgl. Oelschlägel 2007c, 204f.). Zum notwendigen Verhältnis von Bürger und Verwaltung verweist Oelschlägel auf die Ansicht Barloschkys und Schreiers: *„Der Bürger ist als Experte seiner Lebenswelt anzuerkennen und steht somit dem Staat und der Verwaltung nicht reduziert auf seine Funktion als ‚Kunde‘ gegenüber. Vielmehr ... ist er als aktiver Gestalter des Gemeinwesens ernst zu nehmen.“* (Barloschky; Schreier 2005, 321 zit. nach Oelschlägel 2006, o.S.). Der Einnahme dieser Grundhaltung muss aber noch ein weiterer und schwerer zu gehender Schritt folgen: die tatsächliche Abgabe von Macht, der häufig die Angst vor Machtverlust entgegensteht (vgl. Oelschlägel 2006, o.S.). Persönliche Einstellungen zu beeinflussen und Verantwortliche in der Kommune von der Notwendigkeit der Machtabgabe zu überzeugen, erscheint mir eine Aufgabe zu sein, die GWA nicht ohne weiteres leisten kann. Insofern wirkt die Aussage Oelschlägels zur Durchdringung der Politikformen in den Städten realitätsfern. Im Vergleich zum internationalen Diskurs (vgl. insbesondere Teil A - Kapitel 2.2) fehlt zudem die Auseinandersetzung mit der Frage, inwieweit auf Seiten des Gemeinwesenarbeiters selbst die genannten Einstellungen erst wachsen müssen und inwieweit ein diesen Einstellungen entsprechendes Handeln aufgrund der Sozialisation als Experte behindert wird. Die Rolle des Gemeinwesenarbeiters wird durch Oelschlägel generell wenig betrachtet. Meist spricht er abstrakt von GWA.

Zu den Bedingungen von Beteiligung äußert sich Oelschlägel wie folgt. Menschen engagieren sich dann in kollektiven politischen Aktionen, wenn sie einschätzen, dass der Nutzen der Beteiligung deren Kosten übersteigt. Als Hinderungsgründe für Beteiligung benennt Oelschlägel die aus Erfahrungen gewonnene Angst der Menschen vor Sanktionen und Misserfolgen, die Einschätzung, dass die Aktion nichts unmittelbar mit ihnen

²⁵ Als lokale Akteure bezeichnet Oelschlägel die Vertreter von Institutionen aller Art. Ein Beispiel sind die Akteure der lokalen Wirtschaft (vgl. Oelschlägel 2006, o.S.).

zu tun hat, das Gefühl der Machtlosigkeit sowie die Unterschätzung der eigenen Kompetenz. Förderlich wirke es sich aus, wenn eine Aktion hohe persönliche Rückgewinnungspotentiale bietet. Hierzu gehören zum Beispiel der ebenfalls durch Erfahrungen gestützte zu erwartende Erfolg, das Gefühl der Zugehörigkeit zu einer Gruppe, die Anerkennung durch andere sowie die Möglichkeit des Kompetenzerwerbs in der Aktion (vgl. Oelschlägel 2007c, 198f.).²⁶ Beteiligung habe dann einen hohen Nutzen, wenn sie mit ausreichend großen Gestaltungsspielräumen verbunden sei, die Menschen, die sich beteiligen, also eigene Beschlüsse fassen und Ideen in die Tat umsetzen können (vgl. Oelschlägel 2006, o.S.). Damit ist die von Ife und Tessoriero als wesentlich erachtete Unterscheidung zwischen echter Beteiligung und Scheinbeteiligung (vgl. Teil A - Kapitel 2.4) angesprochen. Scheinbeteiligung wird von Oelschlägel an verschiedenen Stellen beanstandet (vgl. 2007c, 206; 2010, 5). Kritisch setzt er sich vor allem mit der Beteiligungspraxis im Rahmen von Quartiermanagement auseinander. GWA werde hier nicht als Instrument zur Unterstützung gemeinsamer Aktionen der Bevölkerung, die auch Kritik an den Institutionen bedeuten kann, gesehen (vgl. Oelschlägel 2007d, 125). Bewohnerbeteiligung zielt oft eher auf die Unterstützung der Politik durch die Bewohner (vgl. Oelschlägel 2004, 14). Als kritikwürdig betrachtet Oelschlägel die üblichen Beteiligungsmodelle (Bürgerversammlung, Runde Tische, Stadtteilkonferenzen). Er verweist hierzu auf die Argumentation Stövesands, die einschätzt, dass diese Beteiligungsmodelle mittelschichtorientiert und „*mehrheitlich ein Forum für Menschen mit einem gewissen Grad an Selbstvertrauen und verbaler Ausdrucksfähigkeit*“ sind (Stövesand 2002 zit. nach Oelschlägel 2004, 15).

Als übergeordneten Anspruch von GWA benennt Oelschlägel die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit in den Verhältnissen (vgl. Oelschlägel 2007e, 34). Entsprechend misst er der Unterstützung der Beteiligung benachteiligter Bevölkerungsgruppen eine besondere Bedeutung bei.²⁷ GWA müsse dazu beitragen, die Dominanz der organisierten Interessen abzubauen und benachteiligte Gruppen wirksamer als bisher zur Teilnahme motivieren und qualifizieren.²⁸ Sie dürfe sich nicht auf die Rolle des Moderators zurückziehen, sondern müsse ggf. auch anwaltschaftlich dafür sorgen, dass die Kommunalpolitik ihrer Ausgleichsfunktion nachkommt und an den Rand gedrängte Sicht-

²⁶ Die Argumentation Oelschlägels weist Parallelen zur Grundannahme Ronnbys bzgl. der Beweggründe, die eine Teilnahme an Aktivitäten begünstigen, auf. Ronnby setzt sich aber ausführlicher damit auseinander, welche Faktoren die Kosten-Nutzen Abwägung beeinflussen (vgl. Teil A - Kapitel 2.3).

²⁷ Die besondere Berücksichtigung Benachteiligter ist auch ein zentrales Element des „Community Development“ Ansatzes von Ife und Tessoriero (vgl. Teil A - Kapitel 2.1).

²⁸ Ausführliche und lesenswerte Überlegungen zur Beteiligung Benachteiligter, die hier leider nicht berücksichtigt werden konnten, finden sich bei: Munsch 2003 und Stock 2003.

weisen wenigstens angemessen zu Wort kommen. Anstelle von neutraler Moderation spricht sich Oelschlägel für reflektierte Parteilichkeit aus. Unter Parteilichkeit versteht er eine „*professionelle Haltung, die engagiert an den Problemen ist, welche die Menschen (mit sich) selbst haben und nicht an den Problemen, welche die Gesellschaft mit ihnen hat*“. Reflektierte Parteilichkeit meint die Menschen ernst zu nehmen, ohne zwangsläufig alles gut zu finden, was die Menschen im Stadtteil tun. Parteilichkeit setzt eine klare Analyse der Frage voraus, wo Handlungsspielräume von Menschen eingeschränkt werden. Das bezieht sich sowohl auf Einschränkungen von oben nach unten, auf Einschränkungen durch Konflikte zwischen den Bewohnern sowie auf Einschränkungen durch die fürsorgliche Haltung Sozialer Arbeit (vgl. Oelschlägel 2007e, 37f.). Die von Oelschlägel formulierten Ansprüche von GWA (z.B. Wertschätzung der Sichtweisen der Bewohner, Förderung der Selbstorganisation, Unterstützung der Beteiligung Benachteiligter) entsprechen wichtigen Prinzipien, die im internationalen Diskurs unter dem Leitbegriff „Veränderung von unten“ diskutiert werden. Da Oelschlägel jedoch wenig zur Umsetzbarkeit dieser Ansprüche reflektiert, wirken seine Aussagen eher plakatativ. Dieser Eindruck wird dadurch bestärkt, dass zentrale Aussagen in seinen Veröffentlichungen teilweise seit 1985 in fast identischer Formulierung wiederkehren. Mit Ife und Tesoriero gesprochen: „*while it may be easy to state the rhetoric, the idea [of change from below] itself when put into practice is extremely radical*“ (Ife; Tesoriero 2006, 121). Diese Einsicht ist wichtig, um nicht zu hohe Erwartungen aufzubauen und die eigenen Möglichkeiten realistisch einschätzen und darstellen zu können.

3 Gemeinwesenarbeit aus der Perspektive Hintes

3.1 GWA als Teil von Quartiermanagement

Eine wichtige Intention Hintes war und ist es, GWA in einen institutionellen Rahmen zu integrieren. Er bemängelt, dass sich die Gemeinwesenarbeit der 70er Jahre fast ausschließlich in Projekten von meist kurzlebiger Dauer außerhalb der etablierten Träger abgespielt hat und oft sogar institutionenfeindlich eingestellt war (vgl. Hinte 2007a, 140). GWA habe keine in Institutionen realisierbaren Strategien entwickelt. Mit der Entwicklung des Ansatzes Stadtteilbezogene Soziale Arbeit zu Beginn der 80er Jahre sollte dieser Mangel behoben werden. Dieses Konzept nahm Diskussionslinien und Erkenntnisse aus der GWA auf und stellte sie in den Bezugsrahmen institutioneller Sozialer Arbeit (vgl. Hinte 2006, o.S.).

Darauf aufbauend wurde das Quartiermanagement²⁹ entwickelt. Dieses soll hier kurz erläutert werden, da Hinte seine Auffassungen zu GWA häufig im Zusammenhang mit dessen Rolle im Quartiermanagement äußert.

Nach Hintes Verständnis ist Quartiermanagement ein sektorenübergreifender Prozess zur Gestaltung von Wohnquartieren, der die Verbesserung von Lebensbedingungen, insbesondere in benachteiligten Wohnquartieren, zum Ziel hat. Zur Erreichung von Verbesserungen setzt das Konzept einerseits auf Aktivierung von Betroffenen und andererseits auf Akquirierung, Bündelung und Management von Ressourcen innerhalb der Verwaltung und bei anderen Institutionen zur Entwicklung von Projekten, die auf die Bedürfnislagen der Wohnbevölkerung zugeschnitten sind. Entsprechend umfasst Quartiermanagement verschiedene Tätigkeitsbereiche. Hinte nennt drei miteinander ver-schränkte Aktionsebenen: GWA bzw. Stadtteilarbeit, intermediäre Instanzen und Gebietsbeauftragte innerhalb der Verwaltung.³⁰ GWA wird vorwiegend auf der Ebene des Stadtteils tätig. Der Hauptwirkungsbereich der Gebietsbeauftragten ist die Verwaltungsebene. Intermediäre Instanzen sind zwischen Lebenswelt und Bürokratie angesiedelt und wirken in beide Welten hinein (vgl. Hinte 2001, o.S.).

GWA im Quartier umfasst folgende Aufgaben: die projektunspezifische Aktivierung der Wohnbevölkerung, die Begleitung von Gruppen und Initiativen, die Vernetzung von formellen und informellen Ressourcen im Quartier sowie die Leitung von Stadtteilbüros, also klassische Tätigkeitsbereiche der GWA (vgl. Hinte 2009, 145). Unklar bleibt die Abgrenzung gegenüber der intermediären Ebene. Meist weist Hinte den Quartiermanagern die Rolle der intermediären Instanz zu. Diese sollen ebenfalls im Stadtteil präsent sein und nach Betroffenheiten und Interessen der Menschen fragen (vgl. Hinte 2001, o.S.). An einer Stelle spricht er aber auch davon, dass Fachkräfte aus der GWA gelegentlich als intermediäre Instanz fungieren (vgl. Hinte 2006, o.S.). Die Aktivierung der Wohnbevölkerung wird einmal als Kernstück der Tätigkeit auf der Ebene GWA (vgl. Hinte 2001, o.S.) und einmal als Kernstück der Tätigkeit von Quartiermanagern (vgl. Hinte 2004a, 178) gekennzeichnet. Hinte nimmt also keine eindeutige Zuordnung der Aufgabengebiete vor. Teilweise entsteht der Eindruck, dass GWA und die intermediäre Ebene durch eine Fachkraft in Personalunion abgedeckt werden. Dies ist aber

²⁹ Zunächst benutzte Hinte statt „Quartiermanagement“ den Begriff „Stadtteilmanagement“. Der hinter diesen Begriffen stehende Ansatz ist jedoch identisch. Das zeigt sich in der synonymen Verwendung der Begriffe in zwei Texten mit zahlreichen im Wortlaut übereinstimmenden Textpassagen (vgl. Hinte 2004a (Vortrag von 1997) und Hinte 2001). Im Rahmen dieser Arbeit wird immer der aktuellere Begriff „Quartiermanagement“ verwendet, auch sofern in der Quelle noch von Stadtteilmanagement gesprochen wird.

³⁰ In **Anlage 6** findet sich ein Schema des ISSAB, das die Aktionsebenen, die hierfür zuständigen Akteure und deren Aufgaben abbildet.

scheinbar nicht von Hinte intentiert, was deutlich wird, wenn er davon spricht, dass neben GWA „auch andere Akteure (etwa Verwaltung, intermediäre Instanzen, Unternehmen usw.) mit anderen Methoden“ am Quartiermanagement beteiligt sind (vgl. 2009, 144).

Meiner Ansicht nach besteht die Gefahr, dass GWA seitens der in einer Kommune für die Umsetzung von Quartiermanagement Verantwortlichen nur als Aufgabe verstanden wird, die der Quartiermanager zusätzlich zu seinen anderen Tätigkeiten übernimmt. Da, wie in Teil A erläutert wurde, die Verwirklichung von „bottom-up“ Prinzipien aber einen intensiven Kontakt zu Gemeindemitgliedern, welcher viel Zeit in Anspruch nimmt, voraussetzt, sollte GWA auch im Rahmen von Quartiermanagement durch eigens dafür eingestellte Fachkräfte betrieben werden. Darüber hinaus sehe ich in der Einbindung von GWA in die „kommunale Strategie“ (Hinte 2001, o.S.) Quartiermanagement generell ein Hindernis für die Entwicklung einer „bottom-up“ Praxis. Ich stimme Oelschlägel zu, der zu bedenken gibt, dass Quartiermanagement, da es unter der Regie der Städte steht, immer eine top-down Strategie ist (vgl. Oelschlägel 2010, 5). Selbst wenn GWA in einer Kommune als eigenständiges Arbeitsfeld etabliert würde, ist fraglich, ob Gemeinwesenarbeiter in diesem Rahmen autonom agieren können und inwieweit „Veränderung von unten“ seitens der Verantwortlichen als wünschenswert betrachtet wird.³¹

Folgend soll dargestellt werden, inwieweit Hintes Auffassungen zu GWA, Aktivierung und Beteiligung trotz der von ihm befürworteten Verankerung von GWA im Quartiermanagement „bottom-up“ Prinzipien enthalten und an welchen Stellen er sich von einer reinen „bottom-up“ Ausrichtung von GWA abgrenzt.

3.2 Hintes Begriffsverständnis

Hinte definiert stadtteilbezogene Arbeit in der Tradition von GWA als einen „projekt- und themenunspezifischen Prozess einer (in der Regel) mehrjährigen Aktivierung der Wohnbevölkerung“, der sich darauf richtet „über eine Vielzahl kleinerer Aktivierungsaktionen ..., anhand direkt geäußerter und durchaus häufig wechselnder Interessen der Wohnbevölkerung ... eine ‚Grundmobilisierung‘ eines Wohnquartiers zu bewirken, die dann den Humus für größere Einzelprojekte darstellt.“ (2001, o.S.; identisch 2006,

³¹ Ein Negativbeispiel beschreibt Stock. Eine Vielzahl der „Sozialen Stadt“ Projekte in Ostdeutschland würde von Trägern aus dem privat-gewerblichen Bereich durchgeführt. Diese seien an Aktivierung und Beteiligung im Sinne der traditionellen Gemeinwesenarbeit ohnehin kaum interessiert. Die Leistungsverträge mit der Stadt seien zudem mit Restriktionen und Abhängigkeiten verbunden (in Leipzig z.B. mit der Auflage, dass jegliche Form der Öffentlichkeitsarbeit im Quartiermanagement vom zuständigen Amtsleiter anzusegnen ist). Stock schätzt ein, dass sich unter diesen Rahmenbedingungen eine aktivierende GWA, deren Aufgabe es auch ist, Bewohnerinteressen Gehör zu verschaffen, die den städtischen Vorgaben zuwider laufen, nicht betreiben lässt (vgl. Stock 2004, 27).

o.S.).³² An anderer Stelle beschreibt er Stadtteilarbeit³³ als einen Prozess, der nicht professionell mit Blick auf ein wünschenswertes Ergebnis gesteuert wird, sondern durch die Interaktion von Professionellen und Stadtteilbewohnern geprägt ist und dessen Ausgang offen ist (vgl. Hinte 2007b, 95). Zur Zielstellung von GWA äußert sich Hinte wie folgt: GWA diene nicht dazu, Menschen zu verändern, sondern habe zum Ziel „*durch die Gestaltung von Lebenswelten zu mehr Gerechtigkeit in Wohnquartieren beizutragen, und das unter aktiver Mithilfe der dort lebenden Menschen.*“ (Hinte 2001, o.S.). Er betont, dass es nicht darum ginge, die Bewohner eines Quartiers zu bessern, sondern darum, ihre Lebensbedingungen zu verändern und neue Ressourcen zu schaffen (vgl. 2006, o.S.). Dass Menschen sich im Verlauf des Prozesses verändern und persönlich weiterentwickeln sieht Hinte trotzdem als positiv an. Er warnt lediglich vor einer gezielten pädagogischen Beeinflussung (vgl. Hinte 2004a, 179).

Den Begriffsbeschreibungen Hintes können folgende Merkmale von GWA entnommen werden, die an wichtige Prinzipien von „community development“ erinnern: Bezug auf geographische Gemeinden, Aktivierung, Orientierung an den Interessen der Gemeindeglieder, Ergebnisoffenheit und Veränderung von Lebensbedingungen mit den Bewohnern. Im Vergleich zu Oelschlägel wird Aktivierung bereits in der Begriffsdefinition als das bestimmende Merkmal von GWA gekennzeichnet. Im Vordergrund von Hintes Beschreibungen steht die Gestaltung des Gemeinwesenarbeitsprozesses, während Oelschlägel GWA am sozialräumlichen Bezug und bestimmten Zielstellungen festmacht. Betrachtet man aber auch Oelschlägels weitere Ansichten zur GWA, stellt man fest, dass Hinte und Oelschlägel hinsichtlich der Grundsätze von GWA weitgehend übereinstimmen. Was jedoch nur Hinte deutlich herausarbeitet, ist die notwendige Ergebnisoffenheit des Gemeinwesenarbeitsprozesses.

Hintes Verständnis von GWA spiegelt sich auch in den folgenden von ihm benannten Prinzipien wieder (vgl. 2009, 142f.):

1. Ansatz bei den geäußerten Interessen der Wohnbevölkerung
2. Unterstützung von Selbsthilfekräften und Eigeninitiative
3. Nutzung der Ressourcen der Menschen und des Sozialraums
4. Zielgruppenübergreifender Ansatz
5. Bereichsübergreifender Ansatz

³² Diese Definition kann gleichzeitig als Hintes GWA-Verständnis begriffen werden, da er es im Kontext der Kritisierung einer seiner Meinung nach ungerechtfertigten Verwendung der Begriffe GWA bzw. Stadtteilbezogene Soziale Arbeit äußert (vgl. Hinte 2001, o.S.; 2006, o.S.). Zudem findet sich in Hinte 2009, 144 eine Beschreibung von GWA, die viele Elemente der obigen Definition enthält.

³³ Den Begriff „Stadtteilarbeit“ verwendet Hinte als Synonym für GWA: „*Ob wir das nun Stadtteilarbeit oder Gemeinwesenarbeit nennen ist mir einerlei.*“ (Hinte 2007c, 131).

6. Kooperation und Koordination der sozialen Dienste

Hier zeigen sich neben der bereits genannten Orientierung an den Interessen der Gemeindemitglieder weitere Parallelen zum internationalen Diskurs. Das zweite Prinzip erläutert Hinte wie folgt: *„GWAler/innen tun möglichst nichts ohne und vermeiden Aktionen für die Leute. Vielmehr denken sie mit ihnen darüber nach, was diese selbst zur Verbesserung ihrer Situation tun können ...“* (ebd.). Dies entspricht der im Ansatz „community development“ favorisierten Rolle des Gemeinwesenarbeiters als „facilitator“ (vgl. Teil A - Kapitel 2.2). Hinte schließt aber betreuende Angebote an die Bevölkerung in späteren Stadien des Prozesses nicht aus (vgl. 2009, 143). Somit beinhaltet Hintes Vorstellung von GWA auch den „social planning“ Ansatz (vgl. Teil A - Kapitel 1.2). Dies findet seine Entsprechung im Fokus von Quartiermanagement auf die Entwicklung von Projekten, die auf die Bedürfnisse der Bewohner abgestimmt sind (vgl. Teil B - Kapitel 3.1). Das dritte Prinzip entspricht dem Prinzip „Valuing local resources“ (vgl. Teil A - Kapitel 2.2). Mit dem zielgruppenübergreifenden Ansatz verbindet Hinte die Anforderung, dass GWA nach Kristallisationspunkten für Aktivitäten suchen soll, an denen sich möglichst viele Bürger beteiligen können. Er favorisiert somit wie Ife und Tesoriero (vgl. Teil A - Kapitel 1.1) die lokale Gemeinde gegenüber funktionalen Gemeinden als Träger von Aktivitäten. Die beiden letzten Prinzipien beziehen sich auf das Ziel der Vernetzung von Akteuren im Stadtteil, sowohl aus dem sozialen Bereich als auch aus anderen Sektoren. Dabei soll die Vernetzung die Entwicklung gemeinsamer Projekte ermöglichen. Ob diese Prinzipien dem „social planning“ oder dem „community development“ Ansatz zuzuordnen sind, hängt davon ab, ob das Ziel der Vernetzung sich überwiegend auf Professionelle bezieht oder eher auf Akteure, die der Bewohnerschaft angehören.

3.3 Aktivierung und Beteiligung

Hinte schätzt ein, dass Bürgeraktivierung heute unter anderen Vorzeichen als in den Anfangszeiten von GWA geschieht. Während es in den 70er Jahren vorrangig darum ging, Gegenmacht gegen große bürokratische Apparate zu entwickeln, sind aktive Bürger heute häufig von der Bürokratie ausdrücklich erwünscht. Allerdings beziehe sich der Wunsch nach Aktivierung in der Regel auf bestimmte Formen von Aktivität, wie beispielsweise die Teilnahme an geordneten, in klaren Verfahrensschritten ablaufenden Beteiligungsverfahren. Laute und skandalisierende Aktionen seien hingegen meist weiterhin unerwünscht (vgl. Hinte 2001, o.S.). Diese ambivalente Situation gilt es in der Aktivierungsarbeit im Blick zu behalten.

Wie Oelschlägel, kritisiert auch Hinte die Orientierung kommunaler Beteiligungspraxis an bürgerlichen Mittelschichtsstandards. Informationsbroschüren, Bürgersprechstunden, Runde Tische und Bürgerversammlungen sprächen gezielt die privilegierte Mittelschicht an. Bürgerbeteiligung degeneriere *„vielerorts zu einer neuen Form, das Bildungsbürgertum artgerecht bei Laune zu halten und ohnehin benachteiligte Bevölkerungsgruppen auf Distanz zu halten“* (Hinte 2004a, 181). Nach Ansicht Hintes fehlt es generell an Möglichkeiten zur unmittelbaren Beteiligung im konkreten Lebensumfeld und an im Alltag angesiedelten Feldern, in denen die Interessen der Bürger gehört und organisiert werden. Seiner Meinung nach bedarf es zur Förderung von Beteiligung außerparlamentarischer Instanzen, die in der Lebenswelt der Bürger angesiedelt sind und die Organisation eines lokalen Kommunikationsprozesses unterstützen. Dies bezieht sich sowohl auf die Förderung des Austauschs und der Entscheidungsfindung auf Bürgerebene als auch auf Aushandlungsprozesse zwischen Bürgervertretern und repräsentativen Instanzen (vgl. ebd. 174).

Hintes Überlegungen zu Beteiligung bleiben sehr allgemein. Wie auch benachteiligte Bevölkerungsgruppen angesprochen werden können oder wie der lokale Kommunikationsprozess so gestaltet werden kann, dass Bürger tatsächlich auf politische Entscheidungen, von denen sie betroffen sind, Einfluss nehmen können, wird von Hinte nicht betrachtet. Insofern bleiben wesentliche Aspekte, die für eine „bottom-up“ Ausrichtung von Beteiligungsprozessen von Bedeutung sind, außen vor. Konkreter sind Hintes Ausführungen zu Aktivierung im Allgemeinen. Inwiefern diese Überlegungen auch für die Förderung von Beteiligung an Entscheidungsprozessen gelten sollen, ist aber nicht eindeutig.

Den Begriff „Aktivierung“ bezeichnet Hinte als irreführend, da er suggeriert, dass Menschen nicht von sich aus aktiv sind, sondern erst durch professionelle Motivation zu Aktivitäten angeregt werden müssen. Motivation könne aber nicht von außen erzeugt werden, sondern sei immer bereits vorhanden. GWA geht es nach Hinte darum, Motivationen bei den Menschen zu suchen. Sie knüpft an bereits vorhandene Interessen, Aktivitäten und Bedürfnislagen der Menschen an (vgl. Hinte 2004 a, 178f.). Essentiell ist die Suche nach Themen der Menschen im Stadtteil, also nach den Dingen, *„über die sie sich aufregen, über die sie sich freuen, die ‚im Gespräch‘ sind oder die Volksseele zum Kochen bringen.“* (ebd. 179). Dazu wird häufig die Methode „Aktivierende Befragung“³⁴ genutzt. Über diesen Zugang wird versucht herauszufinden, was die Menschen

³⁴ Diese Methode wird in Lüttringhaus; Richers 2007 umfassend dargestellt.

wollen. Darauf aufbauend, soll mit ihnen gemeinsam darüber nachgedacht werden, wie sie ihre Interessen selbst erfolgreich umsetzen können (vgl. Hinte 2004c, 50). Diese Vorgehensweise entspricht wichtigen Anforderungen von „Veränderung von unten“ (vgl. Teil A - Kapitel 2.1). Neben der aktivierenden Befragung als klassischem Einstieg in einen Aktivierungsprozess benennt Hinte unter anderem folgende Formen der Bewohneraktivierung: Versammlungen, Stadtteilstefte, kulturelle Veranstaltungen, den Einbezug bestehender Gruppierungen (z.B. Vereine, Elternbeiräte) sowie die Unterstützung der Bildung neuer Initiativen, Haustürgespräche und Öffentlichkeitsarbeit. Die Auswahl von Aktivierungsmethoden müsse anhand der jeweils spezifischen Gegebenheiten im Quartier und sonstigen Anforderungen der Situation getroffen werden (vgl. Hinte 2004a, 180).

Hinte reflektiert auch darüber, welche Faktoren die Aktivität der Bewohner hemmen. Als ein Grundproblem sieht er die unzureichende Kontaktaufnahme der Professionellen mit den Menschen im Stadtteil und die fehlerhafte Wahrnehmung der Bedürfnislagen im Wohnquartier an. Anknüpfungspunkt für Kontaktaufnahme und Aktivierung sollten Themen sein, die mit einem hohen Grad von Betroffenheit verbunden sind. Oft müssten aber extern definierte Notwendigkeiten, die für planende Instanzen im Mittelpunkt des Interesses stehen, als Anlass von Aktivierungsversuchen herhalten. Die Themen staatlicher Programme seien aber in der Regel nicht die Themen der Menschen im Stadtteil. Aufgrund der fehlenden emotionalen Betroffenheit würden Aktivierungsversuche in solchen Fällen meist ins Leere laufen. Darüber hinaus weist Hinte darauf hin, dass Menschen im Stadtteil häufig auf konkrete, schnell umzusetzende Aktivitäten orientiert sind, während bürokratische Organisationen in mehrjährigen Prozessen denken und an die ordnungsgemäße Durchführung von Genehmigungsverfahren gebunden sind (vgl. Hinte 2001, o.S.). Sofern also Vorhaben der Bürger nicht ohne Entscheidungen solcher Institutionen durchgeführt werden können, besteht die Gefahr, dass die Menschen durch die Verzögerung der Umsetzung von Ideen das Interesse an einer weiteren Beteiligung verlieren.³⁵

Obwohl Hinte Bürokratie offensichtlich als wesentliches Hindernis von Aktivierung erkennt, befürwortet er die Einbindung von GWA in kommunales Quartiermanagement, das eben an solche bürokratischen Strukturen gebunden ist. Er favorisiert ein Planungs- und Organisationsmodell, das nicht linear von oben oder von unten dominiert wird, sondern die Fähigkeiten und Mittel aller Beteiligten optimal nutzt. Dabei unterscheidet

³⁵ Hinte schildert in einem eindrücklichen Beispiel die komplexen Abhängigkeiten von bürokratischen Entscheidungsprozessen. Dieses Beispiel ist in **Anlage 7** abgedruckt.

er zwei Kategorien von Beteiligten: diejenigen „*die planen, Geld vergeben, Maßnahmen einleiten oder investieren*“ und diejenigen, „*die im Stadtteil wohnen, Freizeit verbringen oder professionell tätig sind*“ (vgl. Hinte 2004a, 182). Diese Unterteilung verdeutlicht das Machtgefälle, das zwischen Bürokratie und Wirtschaft auf der einen Seite und Bewohnern sowie Professionellen auf der anderen Seite besteht. Die ungleiche Verteilung von Macht wird von Hinte aber nicht hinterfragt.

Hinte lehnt eine reine „top-down“ Planung seitens des öffentlichen Trägers ab, befürwortet aber, dass dieser die „Regiekompetenz“ inne hat. (vgl. ebd. 184). Somit setzt er sich nicht für die Initiierung und Umsetzung von Veränderungsprozessen allein durch Gemeindemitglieder ein. Insofern entspricht sein Ansatz nicht den Idealen einer „bottom-up“ Ausrichtung. Die Möglichkeit, dass man Verbesserungen der Lebensbedingungen für und mit den Menschen auch ohne Zutun von Behörden und anderen Institutionen und insbesondere ohne Abhängigkeit von externer Finanzierung erreichen könnte, scheint Hinte nicht in Erwägung zu ziehen. Hintes unhinterfragte Akzeptanz externer Projektfinanzierung widerspricht der Forderung Ife und Tesoreros im Interesse der Selbständigkeit von Gemeinden möglichst nur auf interne Ressourcen zurückzugreifen (vgl. Teil A - Kapitel 2.2).

Natürlich ist es wichtig, den Blick auf Realitäten nicht zu verlieren. Eine so weitgehende Aktivierung von Menschen und Ressourcen, die den Einbezug von externen und insbesondere staatlichen Institutionen überflüssig macht, ist in Deutschland sicher nicht ohne weiteres realisierbar. Wenn man sich aber von vornherein so an die kommunale Planung bindet, wie es im Quartiermanagement der Fall ist, vergibt man die Chance, autonome Projekte zu initiieren.

Fazit

„Veränderung von unten“ ist zentrales Leitbild von „community development“. Ife und Tesoriero haben ein umfassendes Konzept vorgelegt, in dem die Prinzipien von „community development“ und ihre theoretischen Hintergründe detailliert erläutert werden. Gleichzeitig bietet ihre Darstellung zahlreiche Reflexionen zu den Hindernissen, die der Umsetzung von „Veränderung von unten“ im Wege stehen.

Im deutschen Fachdiskurs findet sich die Idee der „Veränderung von unten“ in den Schlagworten „Aktivierung“ und „Beteiligung“ wieder. Menschen sollen durch GWA dabei unterstützt werden, selbst an der Verwirklichung ihrer Interessen zu arbeiten und sich in den politischen Entscheidungsprozess einzubringen. Fraglich ist, inwieweit in der Realität noch für die Umsetzung dieser Idealvorstellung von GWA gekämpft wird. Oelschlägel reflektiert hierzu: *„Die Geschichte der GWA seit 1970 ist aus meiner Sicht auch eine des immer pragmatischer Werdens und des Verlustes von Veränderungsutopien – ob wir es zugeben oder nicht: Betreiben wir für und mit ‚unseren‘ Betroffenen nicht mehr oder weniger das Sich-Einrichten? Haben wir denn noch Bilder von der ‚guten Gesellschaft‘?“* (2007, 38).

Insbesondere bei Hinte scheint ein solcher Pragmatismus vorherrschend zu sein. Er orientiert sich offensichtlich stark an den aktuellen gesellschaftlichen und politischen Gegebenheiten und versucht GWA unter den gegebenen Bedingungen und in Anpassung an diese zu etablieren. Aber durch dieses Vorgehen wird riskiert, dass GWA ihre fachlichen Ansprüche an Aktivierungsarbeit und zu schaffende Beteiligungskultur zugunsten der Sicherung eines finanzierten Praxisfeldes mehr und mehr zurückschrauben muss. Sicher, ein großes Problem für die weitere Ausarbeitung von GWA-Konzepten sind die fehlenden praktischen Anwendungsmöglichkeiten und die damit einhergehende mangelnde Einbindung in die Ausbildungsinhalte an den Universitäten. Insofern sind Hintes Bemühungen um die Etablierung von GWA nützlich, damit dieses Konzept nicht völlig in der Versenkung verschwindet. Trotzdem ist es wichtig den Blick nicht nur auf das aktuell Machbare zu beschränken.

Das Konzept Ife und Tesoreros lebt von zahlreichen Veränderungsutopien und Vorstellungen von einer „guten Gesellschaft“. Solche Visionen können nicht schaden, solange man deren Umsetzbarkeit nicht idealisiert, sondern die aktuellen gesellschaftlichen Gegebenheiten daraufhin analysiert, inwiefern sie Möglichkeiten für Schritte in die gewünschte Richtung bieten und inwiefern sie solche Schritte behindern. Die Notwendigkeit der regelmäßigen Reflexion zur tatsächlichen Umsetzbarkeit gilt auch für die Prin-

zipien und Ideale von „community work“ und Gemeinwesenarbeit. Hierfür sind praktische Erfahrungen unentbehrlich. In Deutschland kann im Vergleich zum internationalen Bereich nur auf wenig Praxiserfahrung zurückgegriffen werden. Gerade deshalb erscheint es mir nötig, auch die Erfahrungen und Vorstellungen aus anderen Ländern zu nutzen, um die eigene Perspektive zu erweitern.

Der Einwand, dass Erfahrungen aus anderen Ländern aufgrund unterschiedlicher gesellschaftlicher Rahmenbedingungen nicht umfassend übertragbar sind, ist durchaus berechtigt. Es wäre aber falsch, sich deshalb nicht mit der internationalen Perspektive auseinanderzusetzen. Vielmehr bietet der internationale Austausch von Ideen die Möglichkeit in Erfahrung zu bringen, welche Konzepte wo unter welchen Bedingungen anwendbar sind und zu prüfen, ob man selbst in seiner Praxis von Ideen aus anderen Ländern profitieren kann.

Anlagenverzeichnis

- Anlage 1: Praxisvariablen nach Rothman
- Anlage 2: Community Capacities Map
- Anlage 3: Ressourcen einer Gemeinde nach Swanepoel und de Beer
- Anlage 4: Appreciative Inquiry
- Anlage 5: Stufen der Beteiligung
- Anlage 6: Quartiermanagement
- Anlage 7: Bürokratie als Behinderung von Aktivierung

Anlage 1: Praxisvariablen nach Rothman

Die folgende Übersicht ist entnommen aus:

Rothman, Jack (1996): The Interweaving of Community Intervention Approaches. In: Journal of Community Practice, 3. Jg. Heft 3, S. 72f.

Sie zeigt die Variablen, die Rothman zur Unterscheidung der drei Interventionsmodi „Locality Development“, „Social Planning“ und „Social Action“ nutzt.

Rothman merkt an, dass es sich bei der Tabelle um eine aktualisierte Visualisierung des Schemas handelt. Laut Jeffries wurden in dieser überarbeiteten Fassung nur geringfügige Änderungen gegenüber den ursprünglichen Variablen vorgenommen. (vgl. Jeffries 1996, 106)

TABLE 1. Three Community Intervention Approaches According to Selected Practice Variables

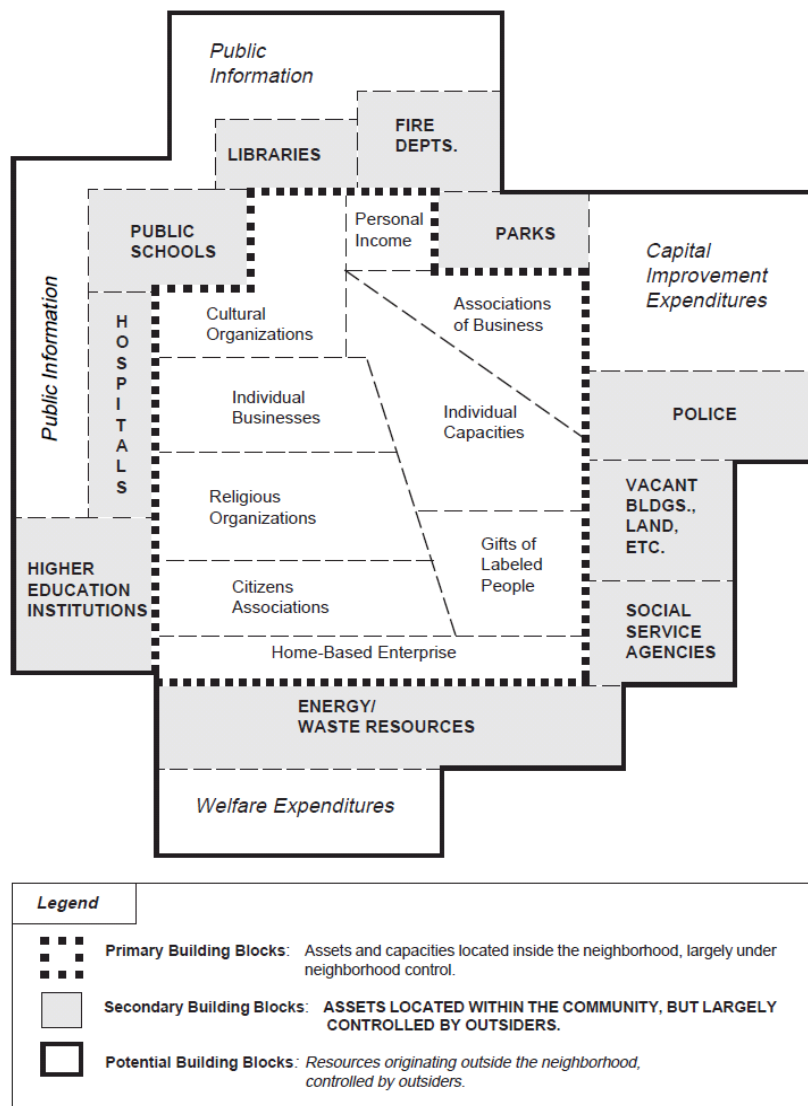
	Mode A (Locality Development)	Mode B (Social Planning Policy)	Mode C (Social Action)
1. Goal categories of community action	Community capacity and integration; self-help (process goals)	Problem solving with regard to substantive community problems (task goals)	Shifting of power relationships and resources; basic institutional change (task or process goals)
2. Assumptions concerning community structure and problem conditions	Community eclipsed, anomie; lack of relationships and demographic problem-solving capacities; static traditional community	Substantive social problems, mental and physical health, housing, recreation, etc.	Aggrieved populations, social injustice, deprivation, inequality
3. Basic change strategy	Involving a broad cross section of people in determining and solving their own problems	Gathering data about problems and making decisions on the most logical course of action	Crystallizing issues and mobilizing people to take action against enemy targets
4. Characteristic change tactics and techniques	Consensus: communication among community groups and interests; group discussion	Consensus or conflict	Conflict confrontation, direct action, negotiation
5. Salient practitioner roles	Enabler-catalyst, coordinator, teacher of problem-solving skills and ethical values	Fact gatherer and analyst, program implementer, expediter	Activist advocate: agitator, broker, negotiator, partisan

	Mode A (Locality Development)	Mode B (Social Planning Policy)	Mode C (Social Action)
6. Medium of change	Guiding small, task-oriented groups	Guiding formal organizations and treating data	Guiding mass organizations and political processes
7. Orientation toward power structure(s)	Members of power structure as collaborators in a common venture	Power structure as employers and sponsors	Power structure as external target of action: oppressors to be coerced or overturned
8. Boundary definition of the beneficiary system	Total geographic community	Total community or community segment	Community segment
9. Assumptions regarding interests of community subparts	Common interests or reconcilable differences	Interests reconcilable or in conflict	Conflicting interests which are not easily reconcilable, scarce resources
10. Conception of beneficiaries	Citizens	Consumers	Victims
11. Conception of beneficiary role	Participants in an interactional problem-solving process	Consumers or recipients	Employers, constituents, members
12. Use of Empowerment	Building the capacity of a community to make collaborative and informed decisions; promoting feeling of personal mastery by residents	Finding out from consumers about their needs for service; informing consumers of their service choices	Achieving objective power for beneficiary system-the right and means to impact community decisions; promoting a feeling of mastery by participants

Anlage 2: Community Capacities Map

Zur Analyse vorhandener Ressourcen bietet sich die „Community Capacities Map“ an, welche durch die US-amerikanischen Autoren John McKnight und John Kretzmann im Rahmen des Konzeptes „Asset-Based Community Development“ entwickelt wurde.

Die Autoren unterscheiden drei Arten von Ressourcen (vgl. Legende). Besonders „Primary Building Blocks“, die durch Bewohner einer Nachbarschaft kontrolliert werden, sind für das Prinzip „valuing local resources“ von Interesse. Aber auch „Secondary Building Blocks“ können bedeutsam sein, insbesondere wenn es sich hierbei um kommunale Einrichtungen handelt, der Outsider also die Kommunalverwaltung ist.



Entnommen aus: McKnight, John; Kretzmann, John (1996): Mapping Community Capacity. (ohne Seitenangabe; Seitenzahl in Datei: 21) Verfügbar unter: <http://www.abcdinstitute.org/docs/MappingCapacity.pdf>, verfügbar am 19.01.2011.

Unter <http://www.abcdinstitute.org/> sind weitere Informationen und kostenlose Materialien zu Asset-Based Community Development abrufbar.

Anlage 3: Ressourcen einer Gemeinde nach Swanepoel und de Beer

Swanepoel und de Beer unterscheiden vier Arten von Ressourcen. Die folgende Übersicht zeigt diese vier Kategorien und die Beispiele, welche die Autoren für die jeweilige Art benennen.

Grundlage der Übersicht sind die Ausführungen der Autoren in:

Swanepoel, Hennie; de Beer, Frik (2007): Community Development - Breaking the cycle of poverty. Fourth Edition. Lansdowne, South Africa: Juta Academic, S. 176-179.

Natural Resources	Manufactured Resources	Human Resources	Organisational Resources
Wasser Klima Boden Vegetation Mineralien	Straßen Wasserversorgung Kommunikationsnetze Geschäfte Elektrizität Gebäude Sanitärsysteme Geld	Fähigkeiten Normen Traditionen	Gesellschaftsstrukturen gemeindebasierte Interessengruppen (z.B. Vereine)

Anlage 4: Appreciative Inquiry

Die folgende Zusammenfassung zu Prinzipien und möglichen Fragestellungen im Rahmen von AI ist entnommen aus:

Mast, Toomas: (2006): Logical Framework Approach with an appreciative approach. Sida Civil Society Centre, S. 21-23.

The abbreviation “AI” stands for “appreciative inquiry”, which is a working method for developing individuals, groups, organisations and societies. Simply put, AI involves initiating discussion and processes in which, based on people’s own feelings and experiences, the following are studied and identified in narrative form:

- individual, group, organisational and societal capabilities and resources,
- motivations and driving forces,
- developmental possibilities and action alternatives for the future, ... which are then used to affirm, guide and develop.

Underlying AI is a highly conscious approach which involves the following: (Hjelm, 2005):

- A. Focusing on what is working, on the “life-giving” forces associated with an individual, group, organisation, society, resources or opportunities.
- B. Actively clarifying, affirming and recognising these competencies, resources and opportunities.
- C. Viewing individuals, groups, organisations and societies from a systemic perspective, and studying how the various parts of the system affect one another, in this case on what influences something to work well.
- D. Contributing to freeing up and further developing existing capabilities (rather than replacing them).
- E. Proceeding based on the notion that something increases in value when it is “appreciated”.
- F. Studying concrete experiences conveyed in narrative form.
- G. Showing respect for and acknowledging these experiences and perceptions.
- H. Utilising the dialogue as a mode of discussion.
- I. Discussing, with respect to the future, what one is wishing for rather than what one is wishing to avoid.
- J. Letting acknowledged resources (e.g. capabilities and driving forces) serve as a guide for the future, and focusing on positive decision paths to which the individual, group, organisation or society feels it has access.
- K. Being aware of the importance of language in creating meaningfulness and promoting development.
- L. Viewing human systems as living things which are constantly evolving; proceeding on this basis we can influence this evolution through, among other things, our use of language.

There are several fundamental principles or theses on which AI is based, and which are indicative of several key factors in fostering real change and development⁶:

1. *The constructionistic principle*: We humans construct our own “world” and perception of reality, not least based on how we talk about the world. By changing our language, e.g. by talking about opportunities and strengths instead of weaknesses and threats, we can alter our mental frame of reference, and thus our reality.
2. *The principle of interactive processes*: It is not possible to distinguish between studying something and changing it. The two components of a development process work together in parallel. Change begins the moment we start to ask questions and study someone’s experiences and perceptions, and the questions we ask determine what we will find.
3. *The poetic (narrative) principle*: An individual, group or organisation can be described as a book whose narrative is being written in a continuous, ongoing process by ourselves and others. With respect to AI, this means taking an interest in the narratives which people furnish regarding their experiences and perceptions. The poetic principle also entails that development can be steered by the (new) narratives which are initiated, conveyed and maintained with regard to, e.g. an individual, group or organisation.
4. *The principle of controlling expectations*: We all have visions of the future. These visions determine our behaviour as we contribute to bringing about the future that we are able to imagine. Studying our preconceptions and expectations about the future, and formulating desirable visions of the future on the basis thereof, will help us to take positive, action-oriented steps in our lives.
5. *The positive and affirming principle*: Threats or fears can contribute to change and development in people, but only up to a certain point. Positive, affirmative premises are needed to build and maintain the forces of change at a deeper level. The more appreciative our starting premise, the more successful and sustainable our efforts to bring about meaningful change and development.

Problem management based on an appreciative approach

Examples of questions for use in addressing a problem or challenge (referred to here as the “area”) using an appreciative approach:

Investigate

1. What is it that disturbs or concerns you?
2. What, despite everything, are you pleased with in terms of how you are managing the situation (the problem) at present?
3. What might this say about your capabilities?
4. If possible, describe a situation or period in which the (area) was working well, when the problem did not exist?
5. What do you think could have contributed to its working well at that time?

The future

6. How would you like things to be? What is important to you?
7. Can you offer any examples of how things would look if the situation or problem were resolved?
8. Who would be pleased by that? What would the effect be on yourself or others?

Create

9. What do you think it will take to get there?
10. What have you tried?
11. How did it go, and what lessons can you take from that?
12. Can you see any signs that the situation is already moving in the right direction?
13. What do you view as your most important resources for handling the situation?

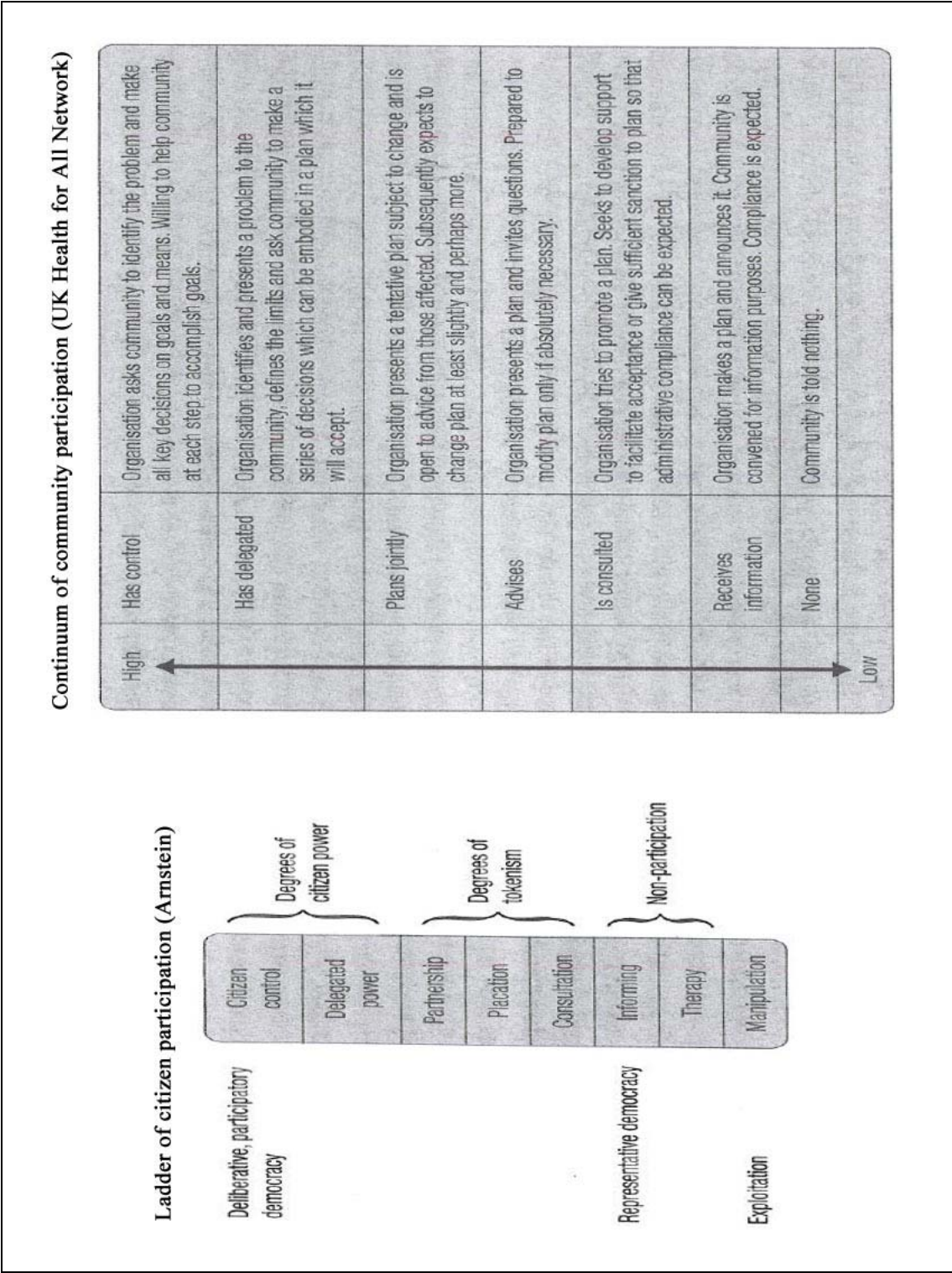
Realise

14. What might be a first step for you to take?
15. Is there anything you need to leave behind you in order to move forward?
16. From whom could you get help?
17. What would be a sign that you were succeeding?

Anlage 5: Stufenmodelle zu Beteiligung

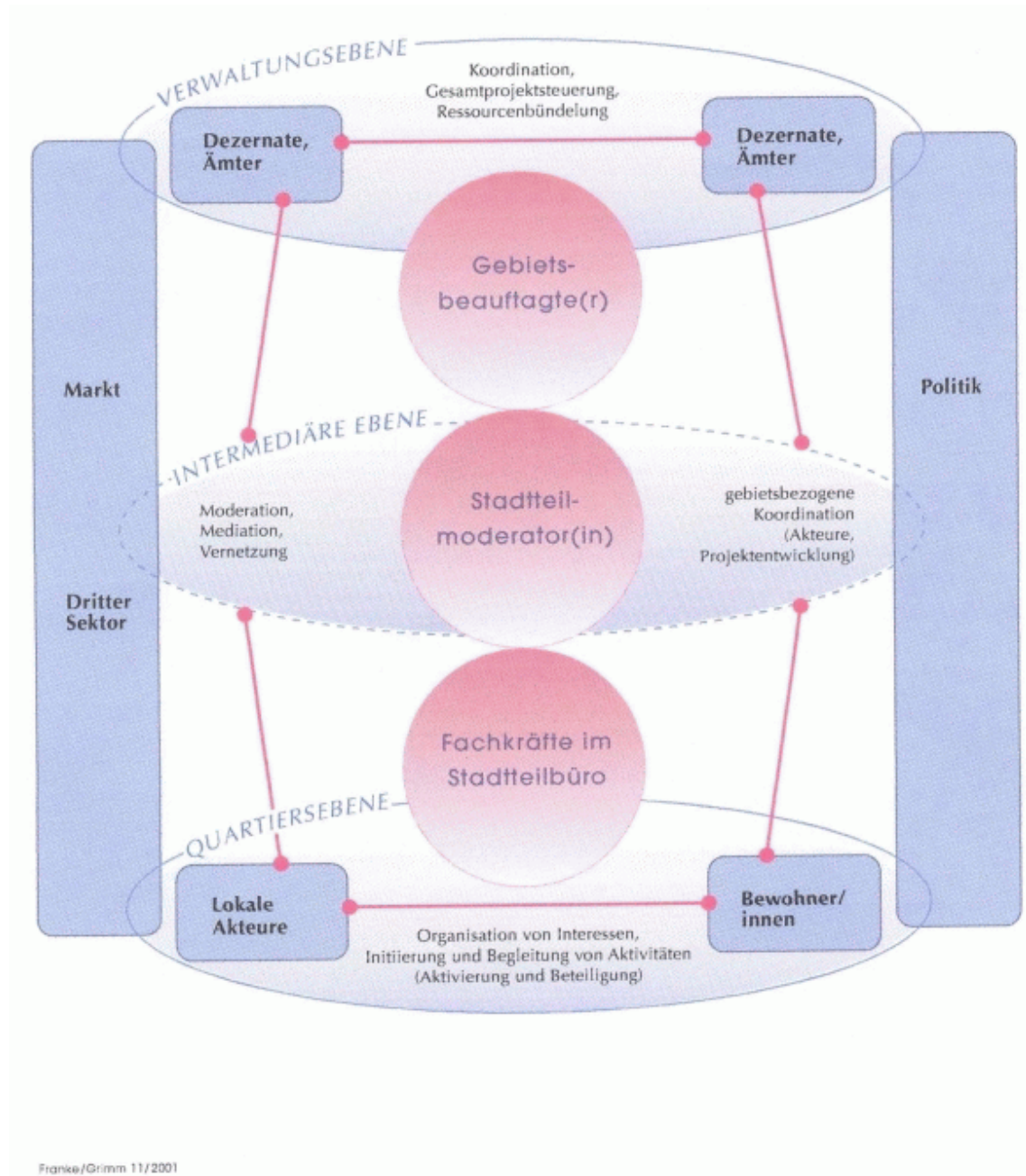
In der folgenden Übersicht wurden zwei Abbildungen kombiniert, um die Ähnlichkeit der dargestellten Stufenmodelle zu verdeutlichen.

Die Abbildungen wurden entnommen aus:
Ife, Jim; Tesoriero, Frank (2006): Community Development. Community-based alternatives in an age of globalisation. Third Edition. Frenchs Forest, Pearson Education Australia, S. 152f.



Anlage 6: Quartiermanagement

Quartiermanagement – Aufgabenbereiche und Organisation



Die Abbildung wurde veröffentlicht auf der Homepage des ISSAB:
<http://www.uni-due.de/biwi/issab/quartiermanagement>, verfügbar am 21.01.2011.

Direkter Link zur Abbildung:
<http://www.uni-due.de/imperia/md/images/biwi/einrichtungen/issab/grafikfrankegrimm2.gif>
verfügbar am 21.01.2011.

Anlage 7: Bürokratie als Behinderung von Aktivierung

Die folgende Schilderung Hintes zeigt auf, wie komplex die Rahmenbedingungen bei der Umgestaltung eines Schulhofes sind und wie viele Entscheidungen von oben dafür nötig sein können. Hieran wird deutlich, wie viele Hindernisse einer spontanen Umsetzung von Umgestaltungsideen unter Mitwirkung der Betroffenen im Weg stehen:

„Denn bei jeder noch so kleinen Maßnahme in einem Stadtteil haben ja viele Menschen und Institutionen ‚ihre Finger im Spiel‘. Bei der Umgestaltung eines Schulhofs etwa sind direkt betroffen die SchülerInnen und die LehrerInnen sowie die Hausmeister, außerdem noch weitere StadtteilbewohnerInnen, die den Schulhof nutzen wollen. Die Finanzierung hängt von Geldern des Landes und der Kommune ab (sowie der Bereitschaft eines Amtes, die Verwaltung der Gelder zu übernehmen); offiziell beauftragt mit der Koordinierung ist vielleicht ein Querschnittsamt, beteiligt sind aber auch das Grünflächenamt und das Schulverwaltungsamt. Wenn das Vorhaben außerdem noch kombiniert ist mit einem Qualifizierungs- oder Beschäftigungsprojekt, bedarf es der Kooperation mit dem Arbeitsamt und einem Beschäftigungsträger. Erschwerend kommt hinzu, daß die in unterschiedlicher Intensität beteiligten Menschen und Institutionen ansonsten nicht viel oder gar nichts miteinander zu tun haben, häufig räumlich voneinander entfernt sitzen und zudem noch der Logik des je eigenen Apparats gehorchen, in den sie eingebunden sind. Die Schule ist in weiten Bereichen abhängig von Entscheidungen des Schulverwaltungsamtes, dieses wiederum ist, um kompetent entscheiden zu können, angewiesen auf Impulse und Anregungen aus der jeweiligen Schule. Die BewohnerInnen eines Stadtteils haben häufig nicht viel mit der Schule zu tun, die SchülerInnen selbst stehen ihrer Schule häufig kritisch gegenüber. Zwischen SchülerInnen und LehrerInnen gibt es gelegentlich ein recht angespanntes Verhältnis. Die Bezirksvertretung kennt sich im Dschungel der Verwaltungszuständigkeiten nicht so recht aus, dort sind Zuständigkeiten und Kompetenz ohnehin unklar, Dienstwege sind oft lang und ergebnislos, manche Ämter planen eher traditionell, und einige weigern sich gar, die notwendigen Ressourcen einzubringen.“

Der obige Text ist entnommen aus:

Hinte, Wolfgang (2001): Bewohner ermutigen, aktivieren, organisieren. Methoden und Strukturen für ein effektives Quartiermanagement.

http://212.12.126.151/cms/index.php?option=com_content&task=view&id=78&Itemid=253, verfügbar am 19.01.2011.

Literaturverzeichnis

A. Englischsprachige Literatur

Bracht, Neil; Kingsbury, Lee; Rissel, Chris (1999): A Five-Stage Community Organization Model for Health Promotion. Empowerment and Partnership Strategies. In: Bracht, Neil (Hrsg.): Health promotion at the community level: New advances. Second Edition. Thousand Oaks, California, Sage Publications, S. 83 – 104. *

Henriksbø, Kjell; Olsson, Klas-Göran (2010): Community work. (Volltext zur Vircamp-Vorlesung) http://vircamp.net/cw/ep_tmp/files/85914b4d6ddb2771f.pdf, verfügbar am 19.01.2011. *

Ife, Jim; Tesoriero, Frank (2006): Community Development. Community-based alternatives in an age of globalisation. Third Edition. Frenchs Forest, Pearson Education Australia. *

Jeffries, Ann (1996): Modelling Community Work. In: Journal of Community Practice, 3. Jg. Heft 3, S. 101-125. <http://www.informaworld.com/smpp/1886373438-3775892/ftinterface~content=a904824548~fulltext=713240930~frm=content>, verfügbar am 11.11.2010.

Mast, Toomas: (2006): Logical Framework Approach with an appreciative approach. Sida Civil Society Centre. *

Die Publikation ist auch verfügbar unter:

<http://sidapublications.citat.se/interface/static/frmdocproof.asp?searchstring=Logical%20Framework&searchlang=1&searchmodel=1&doctype=0&docgroup=0&doccategory=0&docclass=0&frompage=frmdocproof&framewidth=1280&frameheight=729&viewall=False&docadmin=False&ViewPdfThumbnail=True&order=createdate%20DESC&range=0&staticdocid=1691>, verfügbar am 19.01.2011.

McKnight, John; Kretzmann, John (2005): Mapping Community Capacity. In: Minkler, Meredith (Hrsg.): Community organizing and community building for health. Second Edition. New Brunswick und New Jersey, Rutgers University Press, S. 158-172. *

Eine inhaltlich weitgehend identische Version des Artikels wurde 1996 durch das Institute für Policy Research der Northwestern University veröffentlicht. Diese ist verfügbar unter: <http://www.abcdinstitute.org/docs/MappingCapacity.pdf>, verfügbar am 19.01.2011.

Økland, Mary Alice; Henriksbø, Kjell (2009): Community work – two Norwegian cases. In: Strand Hutchinson, Gunn (Hrsg.): Community work in the Nordic countries - new trends. Oslo, Universitetsforlaget, S. 148-167. *

Ronnby, Alf (2009): Empowering people by community building. In: Strand Hutchinson, Gunn (Hrsg.): Community work in the Nordic countries - new trends. Oslo, Universitetsforlaget, S. 119-147. *

Rothman, Jack (1996): The Interweaving of Community Intervention Approaches. In: Journal of Community Practice, 3. Jg. Heft 3, S. 69-99. <http://www.informaworld.com/smpp/ftinterface~content=a904824547~fulltext=713240930~frm=content>, verfügbar am 12.11.2010.

- Swanepoel, Hennie; de Beer, Frik (2007): Community Development - Breaking the cycle of poverty. Fourth Edition. Lansdowne, South Africa: Juta Academic. *
- Twelvetrees, Alan (2008): Introduction: What is community work? In: Twelvetrees, Alan: Community Work. Fourth Edition. Basingtoke, Palgrave Macmillan, S. 1-18. *
- Vircamp (Social Work - Virtual Campus): Curriculum plan. Community work from an international perspective. <http://vircamp.net/show.php?id=395>, verfügbar am 19.01.2011.

* Diese Literatur wurde im Rahmen des internationalen Moduls „Community work from an international perspective“ als Lernmaterial zur Verfügung gestellt.

B. Deutschsprachige Literatur

- Barloschky, Joachim; Schreier, Maren (2005): Quartiersbudget - Ansätze und Erfahrungen am Beispiel des Programms WiN - Wohnen in Nachbarschaften in Bremen-Tenever. In: Heidi Sinning (Hrsg.): Stadtmanagement. Strategien zur Modernisierung der Stadt(-Region). Dortmund, Rohn, S. 320-331.
- Hinte, Wolfgang; Lüttringhaus, Maria; Oelschlägel, Dieter (2007): Grundlagen und Standards der Gemeinwesenarbeit. Ein Reader zu Entwicklungslinien und Perspektiven. 2. Auflage. Weinheim und München, Juventa.
- Hinte, Wolfgang (2001): Bewohner ermutigen, aktivieren, organisieren. Methoden und Strukturen für ein effektives Quartiermanagement. http://212.12.126.151/cms/index.php?option=com_content&task=view&id=78&Itemid=253, verfügbar am 19.01.2011.
- Hinte, Wolfgang (2004a): Soziales und kulturelles Leben im Stadtteil: zum Aufbau von Aktivierungsstrukturen. In: Maier, Konrad; Meßmer, Manfred (Hrsg.): Soziale Kommunalpolitik für lebenswerte Wohnquartiere. Beiträge zu Wohnungspolitik, Bürgerbeteiligung, Quartiersmanagement und Indikatoren sozialer Nachhaltigkeit. Freiburg, FEL Verlag Forschung - Entwicklung - Lehre, S. 174-187. (*Referat von 1997*)
- Hinte, Wolfgang (2004b): Gemeinwesenarbeit (GWA). Zur Erinnerung an ein aktuelles Konzept. In: Forum Sozial, Ausgabe 1/2004. Rettet GWA den sozialen Staat? S. 7-10.
- Hinte, Wolfgang (2004c): Entlang der Interessen der Wohnbevölkerung. Zur Erinnerung an die Radikalität eines Konzeptes. In: Odierna, Simone; Berendt, Ulrike (Hrsg.): Gemeinwesenarbeit – Entwicklungslinien und Handlungsfelder [Gemeinwesenarbeit Jahrbuch 7]. Neu-Ulm, AG SPAK, S. 45-56.
- Hinte, Wolfgang (2006): Gemeinwesenarbeit. http://212.12.126.151/cms/index.php?option=com_content&task=view&id=189&Itemid=257, verfügbar am 19.11.2011.
- Hinte, Wolfgang (2007a): Professionelle Kompetenz: ein vernachlässigtes Kapitel in der Gemeinwesenarbeit. In: Hinte; Lüttringhaus; Oelschlägel (2007), S. 139-148. (*ursprünglich veröffentlicht in: Soziale Arbeit 8/1991, S. 254-259*)

- Hinte, Wolfgang (2007b): Von der Stadtteilarbeit zum Stadtteilmanagement. Sozialraumorientierung als methodisches Prinzip sozialer Arbeit. In: Hinte; Lüttringhaus; Oelschlägel (2007), S. 89-97. (ursprünglich veröffentlicht in: *Blätter der Wohlfahrtspflege* 5/1992, S. 119-122)
- Hinte, Wolfgang (2007c): Zwischen Lebenswelt und Bürokratie. Erfahrungen aus der Stadtteilbezogenen Sozialen Arbeit. In: Hinte; Lüttringhaus; Oelschlägel (2007), S. 129-138. (ursprünglich veröffentlicht in: *Blätter der Wohlfahrtspflege* 3/1997, S. 41-44)
- Hinte, Wolfgang (2007d): GWA - eine Erfolgsgeschichte? In: Hinte; Lüttringhaus; Oelschlägel (2007), S. 7-13.
- Hinte, Wolfgang (2009): Gemeinwesenarbeit (GWA) - Stadtteilarbeit. In: Ley, Astrid; Weitz, Ludwig (Hrsg.): Praxis Bürgerbeteiligung. Ein Methodenhandbuch [Arbeitshilfen für Selbsthilfe- und Bürgerinitiativen Nr. 30]. 3. Auflage, Bonn, Verlag Stiftung Mitarbeit, S. 142-145.
- Lüttringhaus, Maria (2004): Erfolgsgeschichte Gemeinwesenarbeit - die Saat geht auf? In: Gillich, Stefan (Hrsg.): Gemeinwesenarbeit: Die Saat geht auf. Grundlagen und neue sozialraumorientierte Handlungsfelder. Gelnhausen, Triga, S. 16-26.
- Lüttringhaus, Maria; Richers, Hille (2007): Handbuch Aktivierende Befragung. Konzepte, Erfahrungen, Tipps für die Praxis [Arbeitshilfen für Selbsthilfe- und Bürgerinitiativen Nr. 29]. 2. Auflage, Bonn, Verlag Stiftung Mitarbeit.
- Munsch, Chantal (2003): Lokales Engagement und soziale Benachteiligung. In: Munsch, Chantal (Hrsg.): Sozial Benachteiligte engagieren sich doch. Über lokales Engagement und soziale Ausgrenzung und die Schwierigkeiten der Gemeinwesenarbeit. Weinheim und München, Juventa, S. 7-28.
- Oelschlägel, Dieter (2002a): Grundlagen der Gemeinwesenarbeit. <http://fc.quarternet.de/publikationen/71-oelschlaegel.pdf>, verfügbar am 19.01.2011. (Referat auf der Fachtagung des Forum GemeinWesenArbeit Saar am 21./22.3.2002)
- Oelschlägel, Dieter (2002b): Gemeinwesenarbeit in der sozialen Stadtentwicklung - Profilierung und Vernetzung auf Bundesebene. http://212.12.126.151/cms/index.php?option=com_content&task=view&id=94&Itemid=257, verfügbar am 19.01.2011. (Referat bei der Gründungsveranstaltung zur "Bundesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit" am 07.11.2002)
- Oelschlägel, Dieter (2004): Stand und Trends der GWA in Deutschland. In: Forum Sozial, Ausgabe 1/2004. Rettet GWA den sozialen Staat? S. 11-15.
- Oelschlägel, Dieter (2006): Beteiligung und Aktivierung in der Stadtgesellschaft. http://212.12.126.151/cms/index.php?option=com_content&task=view&id=97&Itemid=253, verfügbar am 19.01.2011. (Referat auf dem Zukunftskongress „Perspektiven der Stadtgesellschaft“ von Bündnis90/Die Grünen Bremen am 19./20.05.2006)
- Oelschlägel, Dieter (2007a): Strategiediskussionen in der Sozialen Arbeit und das Arbeitsprinzip Gemeinwesenarbeit. In: Hinte; Lüttringhaus; Oelschlägel (2007), S. 57-77. (ursprünglich veröffentlicht 1985 in: *Brennpunkte Sozialer Arbeit: Gemeinwesenarbeit*. S. 7-25)

- Oelschlägel, Dieter (2007b): Gemeindepsychiatrie und Gemeinwesenarbeit – eine Annäherung. In: Hinte; Lüttringhaus; Oelschlägel (2007), S. 209-223. *(überarbeitete Fassung eines Vortrages an der FHS Ravensburg-Weingarten am 09.10.1997)*
- Oelschlägel, Dieter (2007c): Zur Aktivierung bürgerschaftlichen Engagements im Rahmen von Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung. Einige Anmerkungen aus dem Blickwinkel der Gemeinwesenarbeit. In: Hinte; Lüttringhaus; Oelschlägel (2007), S. 191-208. *(überarbeitetes Referat auf einer Tagung für leitende MitarbeiterInnen der Stadt Karlsruhe am 23./24.04.1998)*
- Oelschlägel, Dieter (2007d): Aktuelle Entwicklungen in der Gemeinwesenarbeit mit besonderer Berücksichtigung der neuen Bundesländer. In: Hinte; Lüttringhaus; Oelschlägel (2007), S. 99-128. *(überarbeitetes Referat auf der Fachtagung der FH Merseburg und des Verbandes der Humanisten Deutschlands e.V. Sachsen Anhalt am 30.04.1998)*
- Oelschlägel, Dieter (2007e): Zum politischen Selbstverständnis von Gemeinwesenarbeit. In: Gillich, Stefan (Hrsg.): Nachbarschaften und Stadtteile im Umbruch. Kreative Antworten der Gemeinwesenarbeit auf aktuelle Herausforderungen. Gelnhausen, Triga, S. 30-39. *(Referat zur 13. Werkstatt GWA, 19.-22. September 2005)*
- Oelschlägel, Dieter (2010): Neuere Entwicklungen in der Gemeinwesenarbeit. http://fc.quarternet.de/publikationen/516-Neuere_Entwicklungen.pdf, verfügbar am 19.01.2011. *(Referat an der HTW des Saarlandes am 28.01.2010)*
- Stock, Lothar (2003): Milieuspezifische Ressourcen und Formen von Engagement von benachteiligten Bevölkerungsgruppen. Orientierungspunkte für die Gemeinwesenarbeit. In: Munsch, Chantal (Hrsg.): Sozial Benachteiligte engagieren sich doch. Über lokales Engagement und soziale Ausgrenzung und die Schwierigkeiten der Gemeinwesenarbeit. Weinheim und München, Juventa, S. 229-238.
- Stock, Lothar (2004): GWA im Osten. In: Forum Sozial, Ausgabe 1/2004. Rettet GWA den sozialen Staat? S. 25-27.
- Stövesand, Sabine (2002): Gemeinwesenarbeit = Quartiersentwicklung? Oder: Von der Nachbarschaft als Hausfrau neoliberaler Umstrukturierungen im Quartier. In: Stadtpunkt Sozial, Ausgabe 1/2002, S. 75-77. <http://www.stadtteilarbeit.de/handlungsfelder-gwa/gwa-quartiermanagement/115-gemeinwesenarbeitquartiersentwicklung.html>, verfügbar am 19.01.2011.

Erklärung zur selbständigen Anfertigung der Arbeit

Ich erkläre, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig und nur unter Verwendung der angegebenen Literatur und Hilfsmittel angefertigt habe.

Görlitz, den 26.01.2011

Daniela Geißler